Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 19. Oktober 1930

Die Entscheidung des Reichstags.

Das Chaos zunächst abgewehrt.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

SPD. Der Reichstag erledigte am Sonnabend mit 318 gegen 236 Stimmen durch Uebergang zur Tagesordnung alle gegen die Regierung und gegen einzelne Minister vorliegenden Misstrauensanträge.

Die erste Schlacht in dem Abwehrkampf gegen den Faschismus ist geschlagen. Sein Ziel, ein wüstes politisches und wirtschaftliches Durcheinander anzurichten, das den Bürgerkrieg heraufbeschwören soll, ist zunächst verhindert.

Um das zu erreichen, stimmte die Sozialdemokratie für die Ueberweisung der Notverordnung an den Hauptausschuss des Reichstags, damit dort in sachlicher Arbeit die spätere Abänderung vorbereitet wird. Sie tat das im vollen Bewusstsein der ungeheuren Verantwortung, die in dieser Stunde auf ihr lastete und die ein anderes Handeln unmöglich machte.

Aufhebung der Notverordnung ohne gleichzeitige Ersatzmassnahmen hätte bedeutet schwerste Erschütterung der Arbeitslosenversicherung, Einstellung der Reichszuschüsse, Verminderung der Beitragseinnahmen und gewaltigen Abbau der Unterstützungen. Die Sozialreaktion hätte erreicht, was sie trotz aller Anstrengungen seit Jahr und Tag nicht hat durchsetzen können. Aufhebung der Notverordnung hätte weiter bedeutet völlige Beseitigung des gesamten Reichshaushalts, schwerste Erschütterung der öffentlichen Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, Einstellung der Zahlungen an die Unterstützungsempfänger, die Rentner, Beamten, Arbeiter und Angestellten, Verschärfung der Wirtschaftskrise, weiteres Ansteigen der Arbeitslosenzahl wäre die sichere Folge gewesen.

Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten wollten die sofortige Aufhebung der Notverordnung, weil sie das wirtschaftliche Chaos erstreben. Die Sozialdemokratie will das wirtschaftliche Chaos verhindern, die Existenz der arbeitenden Massen und die Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung sichern. Sie will deshalb die Aenderung der Notverordnung, die Beseitigung der in ihnen gegen das soziale Dasein des arbeitenden Volkes gerichteten Massnahmen, aber auf einem Wege, der eine Besserung verspricht und nicht das Chaos bringt.

Aus diesen Gründen stimmte die Sozialdemokratie auch einem Antrage zu, der die Misstrauensanträge der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten und der Kommunisten duech Uebergang zur Tagesordnung erledigte. Sturz der Regierung Brüning in diesem Augenblick hätte zu dem wirtschaftlichen Chaos noch das politische hinzugefügt. Er wäre der erste Schritt zur Auslieferung der staatlichen Machtmittel an die faschistischen Machthaber gewesen, ein Weg, der mit der Niederschlagung der Republik, des demokratischen Volksstaates, der Verelendung der Arbeiterklasse und kriegerischen Verwicklungen mit dem Auslande geendet hätte.

Die Sozialdemokratie hat durch den Uebergang zur Tagesordnung über die Misstrauensanträge weder der Regierung Brüning Vertrauen ausgesprochen, noch dem in Aussicht gestellten Finanzprogramm ihre Zustimmung gegeben. Selbst der Redner der Deutschnationalen hat anerkennen müssen, dass der Antrag auf Uebergang zur Tages-

ordnung nicht einen Funken von Vertrauen für die Regierung enthält. Die Haltung der Sozialdemokratie entsprang dem Willen, freie Bahn zu schaffen für die sachliche Arbeit, für die Sammlung aller Kräfte zur raschesten Ueberwindung der Wirtschaftskrise, für die Rettung der sozialen Rechte im Volksstaat.

Die Sozialdemokratie weiss, dass diese Arbeit mit schweren Opfern verbunden sein wird. Der 14. September hat den Feinden der Arbeiterklasse mehr Macht gegeben als den Jnteressen des Volkes dienlich ist. Die Abwehr der reaktionären faschistischen und arbeiterfeindlichen Kräfte steht deshalb im Vordergrund des Kampfes. Die Sozialdemokratie lässt sich deshalb von den Todfeinden der Arbeiterklasse nicht das Gesetz des Handelns vorschreiben.

Jn voller Einmütigkeit und Geschlossenheit haben die 143 Abgeordnete der Sozialdemokratie ihre Stimme abgegeben. Keine Meinungsverschiedenheit beeinträchtigt in diesem schweren Augenblick die Energie ihres Kampfes, den Willen zur Niederringung aller Feinde der Arbeiterklasse, mögen sie im Lager der Kommunisten oder der Faschisten stehen.

Der erste Stoss ist abgefangen, der Faschismus ist nicht zu dem Ziel gelangt, von dem am Tage nach dem 14. September alle Reaktionäre schrien und dem sich die Hitler, Frick und Strasser schon unmittelbar genähert zu haben glaubten.

Schliesst die Reihen! Sammelt alle Kräfte für die bevorstehenden Kämpfe! Es geht um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterbewegung! Vorwärts zu neuem Kampf für Demokratie, Republik und Sozialismus!

SPD. Die "Germania" schreibt zu der Entscheidung des Reichstags:

"Die Opposition hat alle ihre Kräfte zusammengerafft, um das Kabinett zu stürzen. Es ist ihr nicht geglückt. Die hinter dem Kabinett stehenden Parteien haben zusammengehalten, und die Sozialdemokratie hat in Erkenntnis der schweren politischen Gesamtlage eine Haltung eingenommen, die höchster Anerkennung würdig ist."

Die Rechtspresse tobt natürlich. Einmal, weil Brüning die Hilfe der Sozialdemokratie in Anspruch genommen hat, dann aber auch wegen seiner Ausführungen gegen Oldenburg-Januschau. Kein Zweifel, dass die an sich bereits vorhandene starke Kluft zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum seit Sonnabend noch grösser geworden ist.

SPD. Helsingforsm 19. Okt. (Eig.Drahtb.)

Die finnische Regierung hat den Führer der Lappobewegung Kosola ultimativ aufgefordert, sich innerhalb 24 Stunden der Polizei freiwillig zu stellen. Jm anderen Falle soll ein Haftbefehl gegen ihn erlassen werden.

Das Ultimatum der Regierung ist darauf zurückzuführen, dass Kosola wiederholt Personen in seinem Hause beherbergt hat, die Andersdenkende verschleppt haben.

SPD. Die Geschlossenheit, mit der die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Sonnabend in den parlamentarischen Entscheidungskampf zog, kann nicht genug hervorgehoben werden. Angesichts der drohenden Gefahr einer Rechtsdiktatur wurden alle anfänglich innerhalb der Fraktion bestehenden Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt. Die Minderheit gab ihre Bedenken gegen den von der Mehrheit vorgeschlagenen Weg auf und entschloss sich nach einer kameradschaftlichen Aussprache, mit der Mehrheit zu marschieren. Aus eigener Erkenntnis, ohne jeden Zwang reihte sie sich ein.

So bot die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Sonnabend ein Bild der Geschlossenheit, das nicht genug anerkannt werden kann und von dem wir nur wünschen dürfen, dass es auf die Gesamtpartei nicht ohne Wirkung bleibt. Die Gefahr einer Rechtsdiktatur mit all ihren unsagbaren Folgen für die Arbeiterbewegung ist grösser als viele annehmen. Je geschlossener die deutsche Arbeiterbewegung dieser Gefahr entgegentritt, desto leichter kann sie überwunden werden.

SPD. Paris, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die ausgezeichneten Erfolge, die George Claude, der frühere Gelehrte mit seinem ersten Experiment, aus den Wärmeunterschieden des Meerwassers elektrische Kraft zu gewinnen, erzielt hat, haben grosse Projekte in ihm reifen lassen. Sein Sohn und Mitarbeiter René teilt jetzt mit, dass George Claude in allernächster Zeit ein weitaus grösseres Werk in Santiago da Cuba in Angriff nehmen werde. Sollte auch dieses neue im wesentlich vergrössertem Umfange unternommene Experiment gute Erfolge zeitigen, so beabsichtigt George Claude eine künstliche Insel 15 km von einer Küste entfernt zu errichten, um auf ihr ein drittes, derart grosszügig angelegtes Werk zu erbauen, sodass eine elektrische Produktion von ½ Million Kilowatt gesichert erscheint. An welcher Meeresküste diese gigantische Naturausbeute unternommen werden soll, wird vorläufig noch geheim gehalten.

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags beschloss am Sonnabend, die Diäten um 20 Prozent und die besonderen Entschädigungen für Ausschussitzungen um 50 Prozent zu kürzen. Dem Plenum soll jedoch vorgeschlagen werden, diese Regelung nur provisorisch zu treffen, weil bei einer vollständigen Neuregelung der Diäten auch eine Anpassung an die Minister und Beamtenbesoldung vorzunehmen wären. Die provisorische Regelung soll vom 1.November gelten. Mit der endgültigen Regelung soll sich der Ältestenrat in der nächsten Woche noch einmal beschäftigen.

SPD. Hannover, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

Oberpräsident Noske feierte am Sonnabend sein zehnjähriges Jubiläum als Oberpräsident der Provinz Hannover. Dem Jubilar wurden von den Behörden, halbamtlichen Körperschaften und den Beamten zahlreiche Ehrungen zuteil.

SPD. Helsingfors, 18.Okt. (Eig.Drahtb.)

Der Sekretär der Lappo-Leitung Dr. Jaskari ist verhaftet worden, da er die Anweisung zur Verschleppung des früheren Präsidenten Stahlberg gegeben hat.

Die Hauptperson bei der Entführung des Bürgermeisters Hakkela Wuorimaa wurde von der Kriminalpolizei im Hause des Lappoführers Koszola überrascht; Koszola hielt den Entführer schon seit langer Zeit verborgen.

SPD. Braunschweig, 18.Oktober (Eig.Dr.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Braunschweigischen Landtages hat die Einberufung des Parlaments beantragt. Gleichzeitig wurde folgende Grosse Anfrage an die Braunschweigische Regierung gerichtet :

"Minister Franzen hat nach dem amtlichen Bericht des Berliner Polizeipräsidiums bei den Tumulten in Berlin am 13.Oktober 1930 für einen Landwirt Guth aus Schleswig-Holstein gebürgt und dabei auf der Polizeiwache erklärt, dass Guth der nationalsozialistische preussische Landtagsabgeordnete Lohse sei. Minister Dr. Franzen hat diese Tatsache in verschiedenen sich widersprechenden Erklärungen abgestritten. Amtlich wird aber verlautbar, dass gegen den Minister Dr. Franzen ein Strafverfahren wegen Begünstigung eingeleitet worden ist. Wir fragen an: 1. Ist Minister Dr. Franzen bereit, sein Amt niederzulegen oder

sich wenigstens bis zur Entscheidung über das Strafverfahren aller Dienstgeschäfte zu enthalten? 2. Welche Folgerung gedenkt das Staatsministerium aus dem Verhalten des Ministers Dr. Franzen zu ziehen?"

SPD. Wien, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

In einer Heimwehr-Versammlung erklärte der österreichische Justizminister, Hitler habe die Einreiseerlaubnis nach Österreich bisher noch nicht bekommen, weil er noch nicht darum nachgesucht hat. Er habe auch erklärt, dass er sie in der nächsten Zeit nicht brauche. Demgegenüber wird von den Nationalsozialisten erklärt, dass ihre Wiener Gauleitung vor etwa 14 Tagen ein Einreisegesuch für Hitler an den Minister des Innern gerichtet habe. Das Gesuch sei aber bis heute noch nicht erledigt.

SPD. Paris, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

Das nationalistische "Echo de Paris" hat sich in den letzten Wochen bemüht die französischen Kriegsteilnehmer vor den Wagen seiner nationalistischen Politik zu spannen. Der Vorsitzende des Verbandes der ehemaligen Kriegsteilnehmer hat dem Blatt nunmehr eine ebenso glatte wie erfrischende Absage erteilt. Er erklärt in einemSchreiben, dass die ehemaligen Kriegsteilnehmer sich zwar bewusst seien, dass gegenüber der bedrohlichen Entwicklung der Dinge in Deutschla und einigen Staaten Europas grösste Wachsamkeit am Platze sei, dass sie es aber ablehnen müssten, die Öffentlichkeit zu alarmieren und Panik zu verbreiten. Aus diesem Grunde hielten sie es für genügend, wenn sie sich, wie dies vor einigen Tagen geschehen sei, mit einer Eingabe an die verantwortliche Stelle richteten um sie im Interesse Frankreichs und des Friedens auf die Notwendigkeit der Garantie der französischen Sicherheit aufmerksam zu machen.

SPD. Köln, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

Der Kölner Regierungspräsident hat auf Grund des § 128 Ziffer 2 der Verfassung alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel für die Stadt Köln und für die Landkreise Köln und Mühlheim bis auf weiteres verboten. Auch Leichenbegängnisse mit demonstrativen Charakter fallen unter das Verbot. Ausgenommen von dem Verbot sind kirchliche Prozessionen, Wallfahrten und Bittgänge. Das Verbot wird damit begründet, dass die in der Verfassung gewährleistete Freiheit in den letzten Tagen in Köln zu schweren Störungen der öffentlichen Sicherheit missbraucht worden sei.

SPD. Amsterdam, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Arbeitsgemeinschaft der fünf niederländischen Buchdruckerverbände hat sich durch die ablehnende Haltung der Arbeitgeberverbände im Buchdruckergewerbe gegenüber den Lohnforderungen der Arbeitnehmer genötigt gesehen, alle Anweisungen zur Durchführung eines Buchdruckerstreiks zu geben. Der Streik soll am 27.Oktober beginnen. Die grossen bürgerlichen Blätter gehen nun mit dem Gedanken um, ihre Zeitungen in Deutschland, Belgien und England drucken und mit Flugzeugen nach Amsterdam befördern zu lassen. In Deutschland scheint Osnabrück für die Herstellung des "Telegraaf" in Aussicht genommen zu sein. Die Buchdruckerverbände Niederlands beschlossen daher am Sonnabend, sich an die gewerkschaftlichen Landeszentralen und Buchdruckerverbände der drei genannten Länder zu wenden, um die Absicht der Zeitungsverlage zu vereiteln.

SPD. Paris, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die französische Kammer wird sich bald nach ihrem Zusammentritt mit der Not der französischen Schiffswerften beschäftigen. Statistiken zeigen, dass die Werften Frankreichs in dem letzten Jahre wegen Mangels an Aufträgen nur ungefähr 1/4 ihrer Produktionskraft ausnutzen konnten. Der Krebsschaden an diesem Industriezweig ist die vollkommene Konkurrenzunfähigkeit mit den englischen Schiffsbauunternehmungen. Den Werften sollen teils Krediterleichterungen, teils staatliche Subventionen gewährt werden.

SPD. Das wichtigste Ergebnis der Sonnabendsitzung des Reichstags war das Duell zwischen dem Junker von Oldenburg-Januschau und dem Reichskanzler Dr. Brüning. Der alte 75 jährige Junker, der vor etwa 20 Jahren bereits drohte, man müsse den Reichstag mit einem Leutnant und 10 Mann auseinanderjagen, ist als Vasall von Hugenberg in den Reichstag zurückgekehrt. Aus seinen Sympathien mit den Nationalsozialisten und mit Hitler hat er keinen Hehl gemacht. Seine Rede war ein Kampfruf für den Sturz der Preussischen Regierung und ein Lockruf an die Reichswehr, sich gegenüber dem Reichswehrminister Groener und dem Oberbefehlshaber der Reichswehr, dem Reichspräsidenten Hindenburg, dem Gehorsam zu entziehen. Deutlich verriet Oldenburg, welche Wege die Rechte unter der Führung von Hitler und Hugenberg gehen werde, um unter Ausnutzung der Not der Zeit sich gegen alle verfassungsmässigen Rechte an die politische Macht zu bringen.

Hatte Oldenburg sich im ersten Teil seiner Rede noch damit begnügt, dem Zentrum gut zuzureden, es möge in Preussen sein Bündnis mit dem Marxismus aufgeben und eine Brücke herstellen zwischen dem, was war, und dem, was sein soll, so schlug er im zweiten Teil bei seinem Liebeswerben um die Reichswehr Töne an, die den Reichskanzler Brüning später zu der entschiedensten Abwehr veranlassten. Der Leipziger Prozess sei geeignet gewesen, die Basis der Tradition zu erschüttern. Der Generaloberst Heye habe die Disziplin untergraben. Am schärfsten aber wandte er sich gegen Groener und Hindenburg. In Ulm seien von der Front weg angesichts der Mannschaften und der Polizeioffiziere zwei Offiziere verhaftet worden. Früher hätte der Kommandeur gesagt, "Mächen Sie, dass Sie weg kommen!". So etwas, wie diese Verhaftung, sei ganz unerhört. Und das Unerhörteste sei, dass der Reichswehrminister und der Reichspräsident den Befehl zur Verhaftung gebilligt hätten. Wörtlich fügte Oldenburg hinzu: "Der Reichswehrminister Groener mag stehen, wo er will. Wenn aber Hindenburg, dem wir im Kriege alle zugejauchzt haben, dahintergestanden haben sollte, wäre das schmerzlich. So Unerhörtes darf man einem Soldaten nicht zumuten." Und den Hochverrat der Ulmer Offiziere verteidigte Oldenburg mit den Worten: "Wenn die jungen Offiziere in ihrer Verzweiflung nicht mehr aus noch ein wussten, da wundern Sie sich, wenn sie sich besprachen: "Was machen wir?"

Diese nicht einmal mehr verschleierte Aufforderung an die Reichswehr zum Ungehorsam und Disziplinbruch veranlasste den Reichskanzler Dr. Brüning zu einer Entgegnung, die den ganzen Ernst der politischen Situation klar erkennen liess. Brüning wies den Versuch Oldenburgs, eine Differenzierung zwischen Groener und Hindenburg vorzunehmen, mit dem Hinweis zurück, dass Groener das Vertrauen des Reichspräsidenten besitze. Er bedauerte ferner, dass Oldenburg kein Wort des Bedauerns gegenüber den Äusserungen seines Fraktionskollegen Schmidt gefunden habe, der sich eine Verhöhnung des Fahneneides geleistet habe, wie sie niemals von einem Sozialdemokraten ausgesprochen worden sei. Brüning schloss seine kurze Erwiderung mit dem Vorwurf gegen Oldenburg, dass seine Rede der Tradition des alten Heeres, die auf Disziplin und Gehorsam aufgebaut war, den stärksten Abbruch getan habe.

Das Duell Oldenburg-Brüning lässt erkennen, dass wir uns wiederum in einer

Situation befinden, in der die zerstörenden Kräfte der Rechten den Versuch machen, die Reichswehr zum Kampf gegen den Staat und die ausübende Staatsgewalt aufzuputschen. Hitler und Hugenberg, das ist die Front, für die Oldenburg-Januschau gekämpft hat und gegen die sich Brüning zur Wehr setzt. Die Sozialdemokratie steht geschlossen gegen Hitler und Hugenberg, sie wird alle Kräfte unterstützen, die dem Putschismus den Weg zur Macht versperren wollen.

SPD. New York, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

Die Vereinigung gegen die Prohibitionsgesetzgebung hat der amerikanischen Öffentlichkeit einen Bericht vorgelegt, der die Ausgaben der amerikanischen Nation für Alkohol im Jahre 1929 auf nicht weniger als 2848 Millionen Dollar beziffert. Der Bericht, der unter dem passenden Namen "Macht sich Prohibition bezahlt?" erscheint, errechnet die jährlich verbrauchten Alkoholmengen auf 790 Millionen Gallonen Bier, 110 Millionen Gallonen Wein und 200 Millionen Gallonen Liköre und andere hochgradige alkoholische Getränke. Damit ist der Alkoholverbrauch Amerikas in den Jahren vor der Prohibition weit überschritten

Die auf den Plan gerufenen Prohibitionsbehörden haben auf die gegnerische Ziffernkanonade mit einer Erklärung geantwortet, die ungewollt eine vernichtende Verurteilung des amerikanischen Prohibitionsschwindels bedeutet. So erklärt z.B. der Leiter des Prohibitionsamtes, Direktor Woodcock, dass die Vereinigten Staaten nach amtlichen Berechnungen 876 820 718 Gallonen alkoholischer Getränke im letzten Rechnungsjahre konsumierten. Diese amtliche Ziffer bedeutet nich mehr und nicht weniger als einen jährlichen Alkoholverbrauch von sieben Gallonen pro Kopf der amerikanischen Bevölkerung, Frauen und Kinder aller Altersstufen eingeschlossen. Wie unter diesen Umständen von einer erfolgreichen Durchführung des Alkoholverbots und von Fortschritten der Prohibitionssache gesprochen werden kann, bleibt Geheimnis der amerikanischen Bundesbehörden.

SPD. Teplitz, 18.Oktober (Eig.Drahtb.)

Auf dem Teplitzer Kongress der deutschen Sozialdemokratie wurde am Sonnabend die Koalitionspolitik besprochen. Alle Redner betonten die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den tschechischen Sozialdemokraten und trotz zahlreicher Bedenken auch das Weiterverbleiben in der Regierung.

In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wird die Solidarität mit den tschechischen Sozialdemokratischen wärmstens begrüsst. Parteileitung und Parlamentsfraktion werden ermächtigt die bisherige Politik fortzusetzen.

SPD. In der Freitagsitzung des Reichstags hat der Nationalsozialist Gregor Strasser zur Judenfrage folgende Ausführungen gemacht:

"Wir wollen keine Judenverfolgung, nur die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben."

Am gleichen Tage äusserte der nationalsozialistische Abgeordnete Haake im Preussischen Landtage zu der gleichen Frage folgendes: "Die gegenwärtige Krise der deutschen Wirtschaft ist ein Werk des internationalen Judentums. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei fordert nachdrückliche Vergeltungsmassnahmen an den in Deutschland lebenden Juden.

Was ist nun massgebend? Was Strasser geäussert oder Haake gesagt hat?

Reichstagsstimmungsbild.

SPD. Berlin, 18. Okt. (Eig. Drahtbr.)

Am Sonnabend machte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Leber im Reichstag den Versuch, diesem tobenden Parlament ein Beispiel von anständiger kollegialer Gesinnung zu geben. Er sprach sein Bedauern darüber aus, dass er sich am Tage vorher in der Erregung zu einem unparlamentarischen Ausdruck habe hinreissen lassen. Präsident Löbe nahm diese erfreuliche Erklärung eines Abgeordneten zum Anlass beruhigend auf das Haus zu wirken. Leider vergeblich. Die vielstündige Sitzung war angefüllt mit wilden lärmenden Auftritten. Immer wieder brachten die Nationalsozialisten das Haus nahe an das Auffliegen.

Die dritte Beratung der Abänderung des deutsch-finnischen Handelsvertrages ging noch ohne nennenswerte Störung über die Bühne. Stürmisch wurde es schon bei der dritten Beratung des Schuldentilgungsgesetzes. Dann ging die Sturzflut von nationalsozialistischen, deutschnationalen, kommunistischen und sonstigen Misstrauensvoten über das Haus nieder. Der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Frick verlas unter nicht endenwollenden Beifallskundgebungen seiner geradezu kindischen Fraktion die Misstrauensanträge gegen Curtius, Groener und Wirth. Jedem wird eine andere Sorte nationalen Verrats vorgeworfen. Groener züchtet Denunziantentum, Wirth sei ein Schrittmacher marxistischer Parteipolitik. Grosses Halloh gab es, als der Deutschnationale Gottheiner Misstrauensanträge nicht nur gegen Curtius und Wirth, sondern gegen Treviranus verlas.

Eine sehr scharfe Rede gegen die Regierung hielt der christlichnationale Bauernführer Döbrich. Man sah, wie er sich Mühe gab, es in der Grobheit des Tones möglichst mit der nationalsozialistischen Konkurrenz aufzunehmen. Dann gab es eine sanfte christliche Einlage. Der Abgeordnete Simpfendörfer hielt eine im ganzen sympathische Predigt über die Pflicht, Wahrheit und Gerechtigkeit auch in der Politik anzuwenden. Er war immerhin so gerecht, zuzugestehen, dass der vielberufene Materialismus praktisch bis weit in die Reihen der Rechten hinein geübt werde. Der volksnationale Abgeordnete Abel, ein Jungdeutscher, wurde während seiner Rede von den Nationalsozialisten weidlich verhöhnt. Er warf ihnen vor, dass viele Nationalsozialisten aus Gründen der Sicherheit ihr Abzeichen nicht öffentlich zu tragen wagten.

Die wildesten Lärmszenen entwickelten sich während der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hoegner. Er ist Staatsanwalt in München und kennt nicht nur aus seiner amtlichen Tätigkeit, sondern auch als Abgeordneter des bayerischen Landtags die ganze verlogene Entwicklung der Nationalsozialisten. Hoegner trug dem Hause erschütterndes Material über die Verlotterung der nationalsozialistischen Partei und ihrer Führer, über ihre Beziehungen zu kapitalistischen Geldgebern und ihren wilden Hass gegen die eigenen Volksgenossen vor. Die Nationalsozialisten gerieten in Raserei. Sie wurden schon wild, als Hoegner an der Rede Strassers nachwies, wie diese Partei seit dem Wahlsieg nach aussen hin zahm geworden ist. Die Rede Strassers zeigte pazifistische Anwandlungen, Bekenntnisse zu Tributzahlungen, Anbiederung an das englisch-amerikanische Kapital und Abschwenkung von der sozialistischen Phrase. Immer wieder gröhlten die Nationalsozialisten minutenlang. Hoegner wies Herrn Gregor Strasser nach, dass dieser im April 1923 gegenüber bayerischen Behörden das Ehrenwort gebrochen hat. Unter frenetischem Beifallssturm seiner Fraktion erklärte Strasse, er halte gegenüber dem jetzigen System jeden Wortbruch für erlaubt. Er lieferte also vor dem Parlament den Beweis, dass seine Partei vor Eidbruch nicht zurückschreckt. Mithin hat auch der Eid des nationalsozialistischen Beamten keinen Wert. Mitten in die Raserei der Nationalsozialisten rief plötzlich der Fememörder Heines mit wutverzerrtem Gesicht zu Dr. Hoegner hinauf: "Kommen Sie nur nach München! Sie kommen in München dran!" Diese offensichtliche Morddrohung rief im ganzen Hause stärkste Erregung hervor. Dem Vize-

präsidenten Esser war sie im Lärm entgagen. Severing machte das Präsidium auf die Drohung aufmerksam. Der Vizepräsident wies den Fememörder aus dem Saal. Daraufhin dröhnendes Geschrei gegen Severing: "Der Lügner! Hängt ihn auf!" Severing ging mitten durch die Reihen der wilden nationalsozialistischen Männer hindurch. Vor dem Saal umringten sie ihn, aber zu mehr als den üblichen nationalsozialistischen Schimpfereien kam es nicht.

Stürmische Ausbrüche nicht nur bei den Sozialdemokraten, sondern auch in der Mitte, rief der deutschnationale Abgeordnete Schmidt-Hannover hervor, wie sich überhaupt die deutschnationalen Redner an Tiefstand der Sprache kaum von den Nationalsozialisten unterscheiden. Den Gipfel rednerischer Ausschreitungen erreichte der degenerierte Graf zu Reventlow, Mitglied der nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Ihn hat selbst Hitler einen hoffnungslosen Fall genannt. Reventlow machte in seiner reichlich verworrenen Rede die Sozialdemokratie für Geldspenden verantwortlich, die aus ausländischen Regierungsfonds an deutsche pazifistische Organisationen geflossen sein sollen. Minutenlang konnte Reventlow nicht weitersprechen. Hundertfach wurden diesem Grafen der Arbeiterpartei Zurufe gemacht, warum er während des ganzen Krieges sich vom Soldatendienst gedrückt habe. Nach langer Verlegenheit musste der Graf zugestehen, dass er während des ganzen Krieges sich in Berlin aufgehalten und Hetzartikel für die Verlängerung des Krieges geschrieben hat. Die ganze Dummheit des Grafen offenbarte sich in der Losung, die er zum Schlusse gegen das Zentrum und die katholische Kirche ausgab: "Die Jugend marschiert aus Ihrer Kirche heraus". Selbstverständlich liess sich der Zentrumsabgeordnete Dr. Brauns diese Parole nicht entgehen. Er bemühte sich um den Nachweis, dass die Nationalsozialisten mit ihrer germanischen Rassenreligion gegen das Christentum seien. Es scheint, dass die katholische Kirche nun eine Offensive gegen den Nationalsozialismus zu eröffnen gedenkt.- Die kommunistische Rednerin Frau Reese wirkte beruhigend auf das Haus. Die Nationalsozialisten hörten sie mit Heiterkeit an und der übrige Teil des Hauses mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion sah keinen Anlass, sich die Belanglosigkeiten dieser Rednerin anzuhören.

Wie ein Gespenst aus der Vorkriegszeit, freilich ein trotz hohen Alters sehr wohl genährtes Gespenst, steht dann der Deutschnationale von Oldenburg-Januschau auf der Rednertribüne. Er hielt eine echte und rechte Kriegervereinsrede ältesten Stils. Immerhin zeigte er alte parlamentarische rednerische Kultur. Im Gegensatz zu den nationalsozialistischen Rüpeln anerkannte dieser ehrliche Hasser der Sozialdemokratie, dass er im alten Reichstage mit sozialistischen Führern wie Bebel ritterlich habe die Waffen kreuzen können. Die Sozialdemokratie hörte den alten Januschauer als eine Erinnerung aus alten Zeiten in Ruhe an. Seine Anschauungen waren freilich älteste preussische Reaktion. Nichts kann besser den reaktionären Charakter der angeblichen nationalsozialistischen Arbeiterpartei besser beleuchten, als dass sie diesen preussischen Stockreaktionär geradezu bejubelte. Hugenberg gratulierte dem Redner. Die Nationalsozialisten riefen: "Deutschland erwache!" Die Kommunisten antworteten: "Hitler verrecke!" Das sind jetzt die Sprechchöre, die man im deutschen Reichstag hört. Mit solchem Theater vertreiben sich Nationalsozialisten und Kommunisten die Zeit, während in der Stadt 140 000 Metallarbeiter auf dem Pflaster liegen und Not und Verzweiflung durch das Land geht.

Für die Sozialdemokratie sprach der Abgeordnete Brandes, der Metallarbeiterführer, zum Metallarbeiterstreik. Er wies die Meinung des Zentrumsabgeordneten Dr. Brauns zurück, dass der Reichstag sich in die Angelegenheit nicht einmischen soll. Die Reichsregierung habe durch ihr Lohnabbauprogramm dem Schlichter geradezu die Marschlinie vorgeschrieben. Es habe also auch der Reichstag ein Recht, einen Gegenstoss zu machen. Brandes verlangte die ungeschwächte Massenkaufkraft, da sonst eine Verschärfung der Krise und eine unerhörte Erbitterung der Massen eintreten müsse. Die Kommunisten unterbrachen Brandes ständig durch beschimpfende Zurufe. Selbst wenn eine geschlossene Arbeiterfront vorhanden ist, müssen sie ihre Störungsversuche machen.

Gegen 7½ Uhr kam es an diesem erregten Tage zu einer grossen parlamentarischen Sensation. Der Reichskanzler erhob sich und hielt in nur wenigen Sätzen eine Rede von grosser Schärfe gegen die Deutschnationalen. Er nahm sich den Abgeordneten Schmidt-Hannover vor und sagte, dass er niemals eine solche Verhöhnung des Fahneneides von einem sozialdemokratischen Abgeordneten gehört habe wie von diesem deutschnationalen Reichstagsmitglied. Ebenso scharf wies der Reichskanzler die Rede des alten Oldenburg-Januschau zurück. In höchster Erregung, während die Deutschnationalen und Nationalsozialisten ihn niederzuschreien versuchten, sagte der Kanzler zu dem deutschnationalen Oldenburg: "Sie sind wahrhaftig nicht allein unter dem Generalfeldmarschall von Hindenburg im Kriege gewesen". Bekanntlich war Brüning Frontoffizier, während Oldenburg in der Etappe gestanden hat. Der Reichskanzler warf in einer Erregung, die man nie an ihm gesehen hat und mit einem Stimmenaufwand, den man ihm nie zugetraut hatte, dem alten Januschau vor, dass dessen Auftreten im Reichstag Disziplin und Gehorsam in der Reichswehr schädige. Die Rechte geriet in wildeste Zornesausbrüche gegen den Reichskanzler. So stark war die Erschütterung über den Zusammenstoss zwischen dem Kanzler und den Deutschnationalen im ganzen Hause, dass der Reichstagspräsident die Sitzung um einige Minuten unterbrach.

Gegen 9 Uhr begannen unter grosser Spannung die Abstimmungen, die über das Schicksal der Regierung und des Parlaments entscheiden. Das Schuldentilgungsgesetz wurde mit 325 Ja-Stimmen und gegen 237 Nein-Stimmen angenommen. Es sind also 562 Abgeordnete anwesend, eine sehr starke Präsentziffer. Ueber den Antrag, die Notverordnungen des Reichspräsidenten einem Ausschuss zur Beratung zu überweisen, entspinnt sich ein längerer Geschäftsordnungskampf. Präsident Löbe siegt mit seiner Anschauung, die durch frühere Fälle gestützt wird, dass eine Ausschussberatung zulässig sei. Während der namentlichen Abstimmung vollführen die Nationalsozialisten und Kommunisten gemeinsam lärmende Sprechchöre und Gesänge. Die Kommunisten und Nationalsozialisten rufen gemeinsam im Chor: "Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!". Dann schreien die Kommunisten im Sprechchor: "Nieder mit der Regierung!" Wenn sie schweigen, beginnen die Nationalsozialisten "Deutsche erwache!" Die Kommunisten rufen: "Rot Front", die Nationalsozialisten schreien: "Heil Hitler!" Schliesslich stimmen die Kommunisten die Internationale an. Die Verhandlungen werden durch diese bühnenmässigen Einlagen nicht gestört, weil in dem ohrenbetäubenden Lärm die Stimmkarten eingesammelt werden. Der Präsident kann sich zwar nicht verständlich machen, aber erschickt den Direktor des Hauses in die Reihen der kommunistischen Fraktion und lässt deren Abgeordneten Florian für drei Tage ausweisen. Das Ergebnis ist, dass 339 Abgeordnete für die Ausschussberatung, und nur 220 dagegen gestimmt haben. Es ist also immerhin eine starke Mehrheit für die Weiterführung der parlamentarischen Arbeit und für ordnungsmässige Beratung der Notverordnungen vorhanden.

Aus aller Welt

Um zehn Pfennig ins Zuchthaus.

Grundlage des Urteils: die Aussage eines siebenjährigem Kindes!

SPD. Vom Schwurgericht Bielefeld wurde der bisher unbescholtene Arbeiter Jakob Winter aus Gütersloh wegen Meineides zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Objekt, um das Winter einen Meineid geschworen haben soll, ist die Riesensumme von zehn Pfennig!

Vorgeschichte und Tatbestand: Winter besass in Gütersloh ein kleines Haus. Eines der Zimmer war abvermietet an einen Konditor, der in der Strasse Speise=eis verkaufte. Nun gibt es in Gütersloh eine Polizeiverordnung, wonach Speise=eis nicht an Personen unter 16 Jahren abgegeben werden darf. Die Anklage, der die Verhandlung und das harte Urteil folgte, behauptet nun, dass der Arbeiter Winter einem siebenjährigen Jungen zehn Pfennige gegeben habe, um sich an dem Eiswagen des Konditors Speiseeis zu kaufen. Es heisst in der Anklage weiterhin, dass Winter, der mit seinem Untermieter, dem Konditor, in Fehde lebte, später Anzeige erstattet hätte, um den Konditor zu denunzieren. Der Konditor erhielt ein Strafmandat, weigerte sich aber, die Strafgebühr zu zahlen und drängte auf eine Gerichtsentscheidung. Winter beeidete, dass er dem Kind kein Geld gegeben habe, um Speiseeis zu kaufen; er habe nur gesehen, wie dem Jungen tatsächlich das Eis verkauft wurde.

Nun geschah das Merkwürdige: Dem Zeugnis des siebenjährigen Jungen wurde mehr geglaubt, als dem des unvorbestraften 48jährigen Arbeiters. Der Konditor wurde freigesprochen, Winter aber zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt!

Es wäre durchaus für das Gericht möglich und auch im Sinne der für die preussische Justiz üblichen Richtlinien gewesen, wenn die ganze Sache als die Bagatelle behandelt worden wäre, die sie tatsächlich ist. Kein Gesetz der Welt kann ein Gericht zwingen, der Aussage eines iebenjährigen Kindes mehr Glauben zu schenken als der Aussage des gutbeleumundeten Angeklagten. Der Eid, der den Arbeiter Winter ins Unglück stürzte, wurde in einem Strafprozess ge=leistet, d.h. also, dass er, da Eidesbeschränkung bis jetzt nur bei Zivilprozes=sen möglich ist, geleistet werden <u>musste</u>. Dass dieser Eid aber als <u>Meineid</u> aufgefasst und dementsprechend behandelt wurde, kann, so wie die Dinge liegen, sehr leicht die Folge eines Justizirrtums sein. "Kann" – aber sollte das nicht zur Zurückhaltung genügen? Sicher hätten die Geschworenen von Bielefeld weiser gehandelt, wenn sie weniger streng gewesen wären...

\+ + +

<u>Der übereifrige Filmstatist.</u> Während einer Filmaufnahme in Gdingen sollte der polnische Schauspieler Leszek Owron in der Person eines preussi=schen Offiziers mit anderen in preussische Uniformen gekleidete Statisten ein altes Schloss stürmen helfen. Die Verteidiger des Schlosses, aus der Um=gebung herangezogene Bauern, waren so von ihrer Rolle durchdrungen, dass einer von ihnen den Schauspieler Owron derart mit einer Heugabel über den Kopf schlug, dass der Getroffene blutüberströmt und bewusstlos zusammenbrach.

\+ + +

<u>Eine herzlose Mutter.</u> In dem französischen Ort St.Nazaire starb dem Ehe=paar Houtin ein 3 Monate altes Kind. Der Arzt des Ortes stellte bei der Unter=suchung der Todesursache fest, dass das Kind buchstäblich verhungert war. Das Ehepaar wurde daraufhin verhaftet. Auf der Polizei gab die Mutter ihre Tat zu und erklärte, dass ihre Handlungsweise niemanden etwas anginge.

\+ + +

Der todbringende Staubsauger. In Linkoln im amerikanischen Staat Illinois wurde der 45jährige Kaufmann Frank Hagandorn tödlich vom elektrischen Schlag getroffen, als er das Rohr des Staubsaugers in der einen Hand hielt und mit der andern Hand den Hahn der Wasserleitung berührte.

+ + +

120 km mit dem Einrad? In Paris hat ein italienischer Ingenieur das Modell eines von ihm erfundenen seltsamen Fahrzeuges vorgeführt. Es handelt sich um ein Einrad, dessen Motor im Zentrum des Gefährtes angebracht ist. Bei dem aussergewöhnlich niedrigen Brennstoffverbrauch von einem Liter Benzin auf 100 Kilometer soll mit dem sensationellen Einrad eine Stundengeschwindigkeit von mehr als 120 Kilometer erreicht werden.

+ + +

Die Arbeitslosen als Romanstoff. Der bisher nur als Dramatiker hervorgetretene Schriftsteller Georg Kaiser beendete dieser Tage seinen ersten Roman. Titel und Thema des Buches: "Die Arbeitslosen".

+ + +

Handgranatenunglück. In Jarocin (Polen) ereignete sich beim Handgranatenwerfen einer polnischen Maschinengewehrtruppe ein schweres Unglück, dem zwei junge Soldaten zum Opfer fielen. Eine Handgranate, deren Zeitzünder nicht in Ordnung war, explodierte sofort beim Abziehen und riess einem Unterfähnrich den rechten Arm und einen Teil der Brust weg. Einem neben ihm stehenden Sergeanten drangen einige Sprengstücke in die Eingeweide. Die beiden Verunglückten wurden in hoffnungslosem Zustand in das Militärspital nach Bromberg geschafft...

+ + +

Ins Kloster verschleppt. Im Oktober 1925 verschwand die 18jährige Tochter des in Limoges (Frankreich) wohnhaften Handwerkers Semblat. Erst nach 5jährigem mühevollen Forschen gelang es dem Vater, auf die Spur seiner vermissten Tochter zu kommen. Sie lebt in einem Kloster in Brüssel, wohin sie ein katholischer Geistlicher verschleppt haben soll. Der Vater hat Strafantrag gestellt.

+ + +

Schwarz schlägt Weiss. Ein merkwürdiges Ehedrama trug sich in dem polnischen Städtchen Pabianice zu. Der dortige Kaufmann Kawezki verliebte sich in ein junges Mädchen, das eben seine Pariser Pensionszeit beendet hatte, und heiratete es. Die junge Fram hatte aber in Paris nicht nur gesellschaftliche Sitten kennen gelernt, sondern sich überdies auch in einen schwarzen Adonis verliebt, den sie nicht vergessen konnte. Kaum war die polnische Hochzeit beendet, als die junge Gattin ihren schwarzen Freund - noch dazu mit dem Gelde ihres Mannes - nach Posen kommen und sich von ihm nach Paris entführen liess. Der enttäuschte Ehemann nahm sich seine verlorene Liebesmüh so zu Herzen, dass er Selbstmord verübte.

+ + +

Vergiftung einer Familie. Nach einem in seiner Zusammensetzung offenbar nicht ganz einwandfreien Mittagessen erkrankten in Rotterdam ein 50jähriger Mann, seine zwei Söhne von 24 und 21 Jahren und seine beiden Töchter im Alter von 19 und 16 Jahren. Der Vater verstarb bald nach der Einlieferung ins Krankenhaus, eines der Kinder liegt im Sterben, der Zustand der anderen ist bedenklich.

+ + +

Elf Millionen Fische! In Yarmouth (England) kehrten vom Heringsfang 300 Fischerboote mit einem Gesamtfang von ca. 11 Millionen Fischen zurück! Eines der Boote hatte allein einen Fang im Werte von ca. 480 Pfund (9600 Mark) gemacht. Diese Ziffern dürften eine Rekordzahl darstellen.

+ + +

200 000 Mark unterschlagen. In Hamburg wurde der bei einer dortigen Exportfirma beschäftigte Vertreter Häsert unter dem dringenden Verdacht, Unterschlagungen in Höhe von 200 000 Mark begangen zu haben, verhaftet. Häsert soll für seine Firma bestimmte Geldbeträge persönlich vereinnahmt und nicht an seine Auftraggeber weiter geleitet haben.

+ + +

Vertonfilmter "Prinz von Homburg"? Die UFA hat die Absicht, Heinrich von Kleists Schauspiel aus der preussischen Geschichte "Der Prinz von Homburg" zu vertonfilmen.

+ + +

Vater von 130 Kindern. Ein Pariser Reporter, der sich besonders für die Quantität des Nachwuchses in den soldatenliefernden französischen Kolonien interessierte, stellte fest, dass es in Fort de France, der Hauptstadt der Insel Martinique, mehrere Negerväter mit 50 bis 60 Kindern - von verschiedenen Müttern - gibt. Die grösste Kuriosität von Martinique sei jedoch ein alter Chinese, der nicht weniger als 130 Kinder sein Eigen nennt. Er habe sie sämtlich sorgsam erzogen und ein Handwerk lernen lassen- Die meisten der Kinder wüssten nicht, wer ihre Mutter sei - die Frage interessierte sie aber auch nicht sonderlich. "Ich bin ein Vater", sagte der jetzt 70jährige Erzeuger der 130 Kinder zu dem Zeitungsmann, "aber kein Gatte. Der tatkräftige Vater ist immer noch - Junggeselle.

+ + +

Diamond-Krankenhaus als Festung. Das New Yorker Krankenhaus, in dem zurzeit der schwerverletzte Unterweltkönig und Alkoholschmuggler Jack Diamond liegt, wird von der New-Yorker Polizei wie eine Festung bewacht. Der Anruf einer Unbekannten, in dem es hiess "das ganze Krankenhaus fliegt nachts in die Luft, wenn Jack nicht weggeschafft wird", wird von der Polizei ernst genommen. Die Polizei fürchtet, in der Tat, dass die Rivalen Diamonds, für den Fall, dass dieser geheilt wird, ihren Gegner auf dem Krankenbett töten undmöglicherweise sogar eine Bombe in das Hospital schleudern wollen. Die Aussenfenster des Diamondschen Krankenzimmers und die der Nachbarzimmer sind mit Drahtnetzen geschützt, die Tür wird von 15 schwerbewaffneten Polizisten bewacht; aber auch vor dem Hause selbst patrouillieren schwerbewaffnete Wachen. Schliesslich haben sich auch eine Anzahl Detektive auf den dem Krankenzimmer gegenüber liegenden Hausdächern postiert. Diamond erklärt, dass er die Attentäter, die ihm nachstellten, persönlich nicht kenne, aber dass er sie auch nicht nennen würde, wenn sie ihm bekannt wären. Nach wie vor vermutet die Polizei Al Capone als Inspirator des Mordanschlages. Aber sichere Beweise hat sie trotz der genausten Kenntnis des Gangsterlebens von New York für diese Vermutung nicht. Es wird auch behauptet, dass Diamond 50 000 Dollar unterschlagen haben soll: das Geld soll ihm seine Bande für den Zweck des Schutzes einer heimlichen Brauerei vor einer Prohibitionsrazzia gegeben haben. In den New Yorker Blättern ist auch zu lesen, dass in der Nacht, in der es zu dem Revolverattentat auf Diamond kam, ein wüstes Whiskygelage bei dem jungen blonden Revuegirl, das Diamond an Al Capone verraten haben soll, stattfand, Aber das New Yorker Lesepublikum will genaue Einzelheiten wissen, und da man damit naturgemäss nicht dienen kann, werden die Spalten der Blätter mit Interviews von Revuegirls gefüllt, die sich fachmännisch darüber äussern müssen, wie sie es mit der Liebe zu Helden aus der Unterwelt halten.

+ + +

Der "Klub des Gestärkten Dolches". Die Pariser Polizei nahm eine immerhin nicht alltägliche Räuberbande fest, deren 10 bis 12 Jahre alte Mitglieder, die sich unter der Firma "Klub des gestärkten Dolches" zusammen geschlossen hatten, seit längerer Zeit die Montmartregegend unsicher machten. Nachdem sich die Eltern sämtlicher Früchtchen bereit erklärt hatten, für den Schaden aufzukommen, den die Herren Söhne angerichtet hatten, wurden die hoffnungsvollen Burschen nach einer tränenreichen Szene und nach der Abgabe heisser Besserungs-Versprechungen wieder freigelassen.

Wirtschaft Technik Handel

Sind die Nahrungsmittelpreise gefallen?

Höchstens stabiles Preisniveau, das den Lohnabbau nicht rechtfertigt.

SPD. Das Unternehmertum verlangt den Lohnabbau mit Hinweis darauf, dass die Lebensmittelpreise gefallen seien. Die Gewerkschaften antworten, dass dem Lohnabbau der Preisabbau vorausgehen müsse. Die Haltung der Gewerkschaften ist durchaus begreiflich; denn wenn der Ernährungsindex binnen Jahresfrist sich auch ermässigt hat, bedeutet das noch lange nicht einen entsprechenden Preisabbau für die im Arbeiterhaushalt wichtigsten Nahrungsmittel.

Man sollte annehmen, dass sich gerade der katastrophale Getreidepreissturz in einer Brotverbilligung geltend gemacht habe. Das ist aber keineswegs der Fall. Man muss vielmehr feststellen, dass beim Brot, Mehl usw. Preisermässigungen auch Preiserhöhungen gegenüberstehen, wie die Aufstellung des Preussischen Statistischen Landesamts für 51 preussische Städte zeigt.

	September 1930	August 1930	September 1929
	(für 1 Kilogramm in Pfennigen)		
Roggenbrot (Schwarzbrot)	32,8	32,8	35,7
Roggengraubrot	40	40,2	42,2
Roggenmehl	39,2	38,3	40,9
Haferflocken	62,5	62,5	64,6
Reis	64,3	65,2	65
Weizenkleingebäck	82	82,5	79,5
Weizenmehl	56,6	56,9	52,4
Graupen	59,5	59,6	59,1
Weizengriess	66,6	67	63,7.

Die Preisentwicklung ist also durchaus uneinheitlich. Verschiedene Produkte haben ihren Preis gegenüber dem Vorjahr ermässigt. Bei anderen Produkten sind die Preise gestiegen. Im besten Fall halten sich Preiserhöhungen und Preisermässigungen die Wage. Auf jeden Fall ist die Bewegung des Brotpreises das denkbar ungünstigste Objekt, um einen Lohnabbau zu begründen. Bei anderen Produkten, die für den Arbeiterhaushalt wichtig sind, vergisst man, wenn man immer wieder auf den Preisrückgang verweist, dass die Preise in den Vorjahren auf Grund ungünstiger Ernten sehr hoch gelegen haben, dass wir also im Vorjahr mit durch schlechte Ernten bedingten anormal hohen Preisen zu tun hatten. Das gilt besonders für die Preisbewegung der Hülsenfrüchte.

	September 1930	September 1929	September 1928
	(für 1 Kilogramm in Pfennigen)		
Gelbe Erbsen	59,5	76	79,7
Weisse Speisebohnen	59,7	114,4	65,1
Linsen	96,7	114,5	93 .

Gerade der Linsen- und der Bohnenpreis sind typisch für die Preisübersteigerung während des Vorjahres. Nebenbei bemerkt hat sich der gegenwärtige Preis nur recht unvollkommen dem normaleren Preis des Jahres 1928 genähert. Im Jahre 1927 lagen die Bohnen- bezw. Linsenpreise mit 56,3 Pfennigen bezw. 85,7 pro Kilogramm noch unter den Preisen des Jahres 1928 und recht beträchtlich unter den Preisen des Krisenjahres 1930. Höher als in den beiden Vorjahren ist auch der Zuckerpreis (gemahlener feiner Haushaltszucker), der für September 1930 pro Kilogramm 62,3 Pfennige ausmacht gegenüber 61,7 Pfennige

im September 1929 und 61,5 Pfennigen im September 1928.

Zurückgegangen gegenüber dem September des Vorjahres sind die meisten Gemüsepreise, so der Preis für Weisskohl (immer 1 Kilogramm in Pfennigen) von 23,9 auf 14,2, der für Wirsing von 35,6 auf 21,3, für Rotkohl von 34,4 auf 21,2, für Spinat von 56,3 auf 39,3, für Mohrrüben von 24,6 auf 20 und für Sauerkraut von 49,1 auf 32,3. Der äusserst wichtige Kartoffelpreis zeigt dem gegenüber aber nur einen Rückgang von 10,6 Pfennigen im September 1929 auf 9,8 Pfennige im September 1930. Hier fällt immer die hohe Spanne zwischen den Erzeuger- bezw. Grosshandelspreisen und den Kleinhandelspreisen auf. Das gilt auch für den Butterpreis, wie folgende Zusammenstellung beweist:

	September 1929	September 1930
Grosshandelspreise für Butter Berliner Notierung für einen Zentner in Mark, 2. Sorte	176	118
Butter mittlerer Sorte für den Durchschnitt von 51 preussischen Städten für 1 kg in Pfennigen		
a) Molkereibutter	438,7	360,7
b) Landbutter	390,4	321,9
Kartoffelgrosshandelspreise (Weisse) waggonfrei ab märkischer Station pro Ztn. in Mark	1,90 - 2,20	1,10 - 1,30
Kartoffelkleinhandelspreise, mittlere Sorte ab Laden für den Durchschnitt von 51 preussischen Städten pro kg in Pfennigen	10,6	9,8

Die niedrigeren Erzeuger- bezw. Grosshandelspreise haben sich nur sehr unvollkommen auf die Kleinhandelspreise übertragen. Das gilt besonders für die Kartoffeln, wo sich der von einer Rekordernte ausgehende Druck auf die Erzeugerpreise so gut wie gar nicht auf die Kleinhandelspreise ausgewirkt hat. Beim Brot tritt das noch klarer in Erscheinung:

	Anfang August 1930	Mitte September 1930	Ende September 1930
Kleinhandelspreise für Brot und Mehl			
Roggenbrotpreis pro kg in Pfennigen im Monatsdurchschnitt	32,8	32,8	32,8
Weizenkleingebäck pro kg in Pfennigen im Monatsdurchschnitt	82,5	82	82
Roggenmehl pro kg in Pfennigen im Monatsdurchschnitt	38,3	39,2	39,2
Weizenmehl pro kg in Pfennigen im Monatsdurchschnitt	56,9	56,6	56,6
Erzeugerpreise für Getreide.			
Weizen, Berliner Börsennotierung pro Tonne in Mark	260 - 262	246 - 251	222 - 224
Roggen, Berliner Börsennotierung pro Ronne in Mark	159 - 161	187	149 - 150
Mehlpreise			
Weizenmehl pro 100 kg Berliner Börse in Mark	31,25 - 38,75	27,75 - 36	26,50 - 34,75
Roggenmehl pro 100 kg Berliner Börse in Mark	22,50 - 25,10	25,-- - 27,75	22,25 - 26

Von einer Preissenkung, die einen Lohnabbau rechtfertigt, kann keine Rede sein. Im günstigsten Fall ist das Preisniveau stabil.

SPD. Auf der Tagung des Gross= und Ueberseehandels in Berlin,die am Sonnabend fortgesetzt wurde, schloss der Präsident Dr. Ravené seine Kampfrede mit den Worten,dass er angesichts der gegenwärtigen Zustände in Deutschland nicht mehr der Hoffnung auf baldige Besserung Ausdruck geben wolle; die jüngere Generation hätte zu zeigen,dass sie die Dinge meistern könne. Wir lassen es dahin gestellt sein,ob dies eine Aufforderung an die Stahlhelmmannen sein soll, vor denen Herr Ravené im Hofe seines Moselschlosses häufig feurige Ansprachen hält, oder ob diese Aeusserung nur als allgemeine Phrase aufzufassen ist.Jedenfalls musste sich Herr Ravené von seinem Hamburger Kollegen Petersen dahin berichtigen lassen,dass es wirklich noch nicht an der Zeit sei,Kopf und Nerven zu verlieren.

Das weltwirtschaftliche Referat des.Senators Petersen war unbewusst eine scharfe Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem,das nicht im Stande sei, den Hunger von Millionen Menschen mit dem Warenüberfluss aus anderen Erdteilen zu stillen. Wenn Herr Petersen u.a. weiter feststellt,dass die Not der Zeit durch Mangel an Kaufkraft bedingt sei, so gibt er damit das schlagendste Argument gegen die Lohnabbauforderungen seines Vorredners Ravené.

Der nächste Redner, Keinath, volksparteilicher Reichstagsabgeordneter, schwamm im reinsten manchesterlichen Fahrwasser. Freimachen von sozialen (!!) Gedankengänger und Rückkehr zu klarer Privatwirtschaft waren seine Forderungen. Die privatkapitalistische Wirtschaft könne erfolgreicher als jedes andere System Prosperität und Wohlfahrt aller Menschen schaffen. Man muss Herrn Keinath fragen, in welcher Welt er eigentlich lebt,wenn er in einer Zeit,in der das kapitalistische System nicht in der Lage ist,Millionen arbeitsfreudiger Menschen zu beschäftigen und wo Not und Elend die ganze Welt durchziehen,die Behauptung wagen kann,der Privatkapitalismus sorge für die Wohlfahrt aller Menschen am besten?

Der Schluss der Tagung war äusserst matt. Offenbar hatten die Gross= und Ueberseehändler selbst das Empfinden,dass sie im Grunde der Oeffentlichkeit garnichts zu sagen hatten. Die vorgesehene Ansprache des Reichskanzlers Dr. Brüning musste wegen der Reichstagssitzung ausfallen.

SPD.Hannover,18.Okt. (Eig.Drahtber.)

An der Eisenbahnstrecke Hannover=Celle wurden am Sonnabend vormittag Versuche mit einem Propeller=Eisenbahn=Triebwagen unternommen,die ausserordentlich günstig verliefen. Es handelt sich dabei um einen Wagen,der von der Flugbahngesellschaft m.b.H. in der Eisenbahnwerkstätte Hannover-Leinhausen gebaut worden ist. Der 26 Meter lange Wagen stellt äusserlich einen glatten und stromlinien=förmigen Körper dar, der sich so weit wie irgend möglich auf die Schienen duckt. Die Radwerke dringen tief in den Wagenkasten ein. Hinten befindet sich in dem Raum über dem Laufwerk der Hauptantriebsmotor,ein 500 PS B.M.W. Flugzeugmotor, der die hinten sitzende Luftschraube antreibt. Der Nutzraum ist 16 Meter lang und besteht von vorn nach hinten aus dem Gepäckraum,Nichtraucher-Fahrgasthalle mit zwölf Sesseln und dem Abort. Bei dieser Raumeinteilung sind wie bei den amerikanischen Pullmannwagen nur zwei Fahrgäste im Wagenquerschnitt angenommen. Natürlich können die Plätze auch wie bei den Omnibussen angeordnet sein. Dann hätten in dem Nutzraum 40 bis 50 Fahrgäste Platz.

Dieser Propellerwagen soll dazu dienen,einen Typ zu schaffen für die Durchführung eines Schnellverkehrs für Personen und Post über weite Strecken. Die Fahrt ging sehr glatt von statten.66 Sekunden nach der Abfahrt hatte der Wagen bereits eine Geschwindigkeit von 100 Kilometern,die sich schnell auf 150 Kilometer erhöhte.Bei einer Probefahrt im September wurde sogar eine Geschwindigkeit von 182 Kilometern erreicht,dabei war die Fahrt sehr angenehm,sowohl bei der Abfahrt wie beim Halten waren keinerlei Stossgeräusche wie sonst beim D=Zug zu verspüren.

Dr.H.

Schwankende Roggenpreise.

(Berliner Getreidebörse vom 18.Okt.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse machten sich am Sonnabend starke Schwankungen der Roggenpreise bemerkbar.Der Markt stand vollkommen unter dem Eindruck der neuen Gesetzesvorlage (Beimahlungszwang von Roggen zum Weizen=mehl). Zunächst glaubte man,dass die baldige Annahme der Vorlage in Aussicht stehe,sodass am Markte der Zeitgeschäfte die Roggennotierungen eine Befesti=gung von 3 bis 4 Mark erfuhren. Als aber später das Gerücht auftauchte,dass der Reichstag in die Beratung der Vorlage einstweilen noch nicht eintreten werde, schwächte sich die Stimmung ab und am Schluss gingen die Preisgewinne wieder fast vollständig verloren. Im prompten Roggen war Material kaum angeboten, sodass sich die Preise um zirka 3 Mark befestigten. Das Interesse für Weizen war erheblich geringer. Auch hier blieb das Angebot gering,sodass sich die Preise gut zu behaupten vermochten. Im Mehlgeschäft hielten sich die Käufer sehr zurück. Die Forderungen für Weizenmehl blieben unverändert,für Roggen=mehl waren sie teilweise erhöht. Für Hafer herrschte eine etwas freundlichere Stimmung.

	17.Oktober	18.Oktober
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	224 - 226	224 - 226
Roggen	144 - 146	148 - 150
Braugerste	184 - 210	184 - 210
Futter= und Industriegerste	166 - 180	166 - 180
Hafer	142 - 155	142 - 155
Weizenmehl	27,00 - 35,00	27,00 - 35,00
Roggenmehl	23,50 - 26,50	24,00 - 27,00
Weizenkleie	7,50 - 8,00	7,50 - 8,00
Roggenkleie	7,25 - 7,50	7,25 - 7,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 237, Dezember 247 - 246½, März 264 - 263½. Roggen Oktober 166, Dezember 176½-173, März 194-191½. Hafer Oktober -, Dezember 163½-162½,März 173½.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 18.Oktober: I. 137 Mark, II. 125 Mark, III. 109 Mark je Zentner.Tendenz: fest.

SPD. Das Ostelbische Braunkohlensyndikat wird sich am 28.Oktober mit der Frage einer Preissenkung beschäftigen. Grosse Neigung dazu scheint in Kreisen des Syndikats nicht vorhanden zu sein.

Gewerkschaftliche Rundschau

Nicht nur die Schiffahrt, auch ihr Arbeiter muss leben!

Reichskonferenz der Abteilung Schiffahrt im Gesamtverband

SPD. "Schiffahrt ist notwendig, leben nicht" - dieser heroisch klingende Satz, der bei vielen passenden und unpassenden Gelegenheiten zu hören und an den Rathäusern unserer Hansastädte zu lesen ist, imponiert nur Leuten, die die Schiffahrt mehr von ihrer romantischen Seite her kennen. Weniger grossartig klingt er für die Arbeiter der Schiffahrt, für die Seeleute, Binnenschiffer, Hafen- und Wasserbauarbeiter, d.h. für alle, die auf und am Wasser ihr Brot verdienen, und für die der Heroismus, der Einsatz des Lebens, beinahe etwas Alltägliches ist. Sie fordern, dass beim Blick auf die grosse Krise, die zur Zeit im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaftsnot auch die Schiffahrt heimgesucht hat, sie selbst nicht übersehen und vergessen werden, und damit man sie nicht so leicht übersieht, haben sie sich vor nicht allzu langer Zeit im freigewerkschaftlichen Gesamtverband durch die Schaffung einer Reichsabteilung für Schiffahrt, Hafenbetriebe und Wasserbau enger zusammengeschlossen.

Dieser Zusammenschluss, der noch kaum ein Jahr besteht, war eine unbedingte Notwendigkeit; denn von Tag zu Tag zeigt sich immer deutlicher, dass alle mit der Schiffahrt in Verbindung stehenden Arbeitergruppen gerade infolge der neusten technischen wirtschaftlichen Entwicklung auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind. Um nun dem engeren organisatorischen Zusammenrücken der Schiffahrtsarbeiter noch mehr Festigung und Halt zu geben, trat am Sonnabend im Berliner Gewerkschaftshaus die Reichsabteilung für Schiffahrt im Gesamtverband zu ihrer ersten Reichskonferenz zusammen. Ein kräftiges Arbeitspensum hat sich die Konferenz zu bewältigen vorgenommen. Als vorläufige Tagesordnung sind neben dem Bericht der Reichsabteilung, der Beschlussfassung über die Sondersatzung der Reichsabteilung und der Wahl der Reichsabteilungsleitung noch Vorträge über Schiffahrts- und Weltwirtschaftskrise, über Unfallgefahren und Unfallschutz der Schiffahrtsarbeiter, sowie über Sozialversicherung und Notverordnungen vorgesehen.

Die Konferenz, die von 71 Delegierten besucht ist, wurde von dem Reichsabteilungsleiter Rudolph eröffnet. In seinem Begrüssungswort bezeichnete er es als die Aufgabe der Tagung, zwischen den einzelnen Fachgruppen einen noch engeren Kontakt herzustellen und einen Weg zu gemeinsamer Arbeit im Kampf um die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter der Schiffahrt zu bahnen. Die Grüsse des Vorstandes des Gesamtverbandes überbrachte Müntner. Er betonte, dem Gesamtverband seien in seiner Geburtsstunde von manchen Leuten böse Dinge prophezeit worden. Heute zeige sich jedoch, dass die Schaffung des Gesamtverbandes eine gewerkschaftliche Tat war. Was die Zweifler für unmöglich gehalten hätten, nämlich: Zusammenschlüsse trotz divergierender Interessen, sei möglich gemacht worden. Es gebe genug solcher divergierender Interessen, aber es gebe, wie sich gezeigt habe, noch viel mehr Gemeinsames, was die im Gesamtverband verbundenen Arbeiter zusammenschweisse. Gerade die Reichsabteilung Schiffahrt sei ein sprechender Beweis dafür. Man dürfe erwarten, dass die Aufgabe der Konferenz, wie sie Rudolph skizziert habe, in fruchtbarer Arbeit gelöst werde.

Unendlich viel ist für die Reichsabteilung noch zu tun. Ein wahres Labyrinth von Schwierigkeiten zeigte sich, als Rudolph in der Erstattung des Ge-

schäftsberichts der Reichsabteilung in grossen Zügen einen Ueberblick über die von den freien Gewerkschaften für die Binnenschiffer, Seeleute, Hafenarbeiter und Wasserbauarbeiter geleistete und noch zu leistende mühselige Arbeit gab. Da ist der sogenannte "internationalisierte" Rhein, auf dem fast ein halbes Dutzend Nationen Schiffahrt treiben, und wo infolge der starken sozialpolitischen und kulturellen Niveauunterschiede im Schiffahrtspersonal geradezu phantastisch anmutende Hindernisse und Hemmungen auftauchen. Die Rheinreeder komplizieren natürlich diese Schwierigkeiten noch, vor allem durch ihre Flucht unter fremde Flaggen. Nicht weniger als 60 % der holländischen Fahrzeuge auf dem Rhein stehen unter deutschen Einfluss. Die deutschen Reeder machen sich künstlich selbst Konkurrenz und fordern dann, dass Binnenschiffer und Hafenarbeiter durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Zeche zahlen. Diesem Spiel können die Arbeiter nicht tatenlos zusehen. Sie müssen sich nicht nur bei Streiks, sondern in ihrer ganzen gewerkschaftlichen Arbeit für einander einsetzen; sie müssen dafür sorgen, dass die Tarifverträge der einzelnen Fachgruppen sich nicht überschneiden und sie müssen auch im übrigen alle Voraussetzungen dafür schaffen, dass für gewerkschaftliche Aktionen der Arbeiter der Schiffahrt jederzeit praktische Solidarität möglich ist. Nur durch tatkräftiges Zusammenhalten kann es auch möglich gemacht werden, dass gegenüber den Personalabbaubestrebungen der Unternehmer mit Hilfe der Technisierung und Rationalisierung rechtzeitig für genügend starke Bemannung der Schiffe und Besetzung der Arbeitsposten in den Hafenbetrieben Sorge getragen wird. Nur auf diese Weise lässt sich auch die trotz verbesserter Schutzvorrichtungen gerade in der Schiffahrt und im Hafenbetrieb rapid zunehmende Unfallziffer eindämmen. Nur durch eisernen Zusammenhalt und Verständigung kann auf den gesamten deutschen Wasserstrassen verhindert werden, dass die Kleinschiffahrt, die von den Grossen erdrückt wird, sich lediglich auf Kosten der Arbeiter über Wasser hält. Gegenüber den grossen Reedereien und deren Versteckspiel hinter fremden Flaggen sowie gegen die sozialpolitische Rückständigkeit der ausländischen Schiffahrt könne nur internationale Aktionen helfen. Das internationale Hafenarbeiter-Schutzabkommen muss auch von Deutschland und zwar möglichst bald ratifiziert werden. Nacht- und Sonntagsarbeit erfordern eine sozial erträgliche Regelung. Hier ist für die Binnenschiffer, für die Hafenarbeiter und für die Seeleute in Genf noch viel zu verbessern. Ansätze zu Fortschritten sind da, wie die Fragebogen über die Arbeitszeit der Seeleute und ihre Krankenversicherung, über den kulturellen und sittlichen Schutz der Seeleute in den Häfen, über den Befähigungsnachweis nautischer und technischer Schiffsoffiziere zeigen, allein den Ansätzen zum Fortschritt müssen Taten folgen. Zur Sicherung der Existenz der unständigen Arbeiter in den Häfen, die durch den Abbau des Arbeitslosenschutzes von neuem bedroht war, sond einige Erfolge erzielt worden. Nur den freien Gewerkschaften ist es zu verdanken, wenn trotz der Hetze gegen die Arbeitslosen eine Neuregelung geschaffen werden konnte, die, wenn sieauch nicht in allem befriedigt, immerhin die Arbeitslosenversicherung für unständig beschäftigte Hafenarbeiter gerettet hat. Für die Wasserbauarbeiter sind in unendlichen Klagen und Streitigkeiten eine ganze Reihe kleiner Einzelerfolge erzielt worden, die zusammengenommen durchaus nicht als Bagatellen erscheinen. So liegen z.B. die Löhne der Wasserbauarbeiter heute im Durchschnitt 12 bis 13 Pfennig höher als die der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Auch bei den Betriebsrätewahlen der Wasserbauarbeiter sind schöne Fortschritte erzielt worden.

Jeder Arbeiter der Schiffahrt muss angesichts dieser Summe gewerkschaftlicher Leistung ganz von selbst zu der Erkenntnis kommen, dass eine grosse Kraft am Werke sein muss, wenn auf einem so steinigen und dornigen Terrain mit Erfolg geackert worden ist. Es ist die Kraft des Gesamtverbandes, die die gewerkschaftliche Arbeit der Reichsabteilung durchpulst. Allein tausendfach mehr könnte herausgeholt werden, wenn die freiorganisierten Binnenschiffer, Hafenarbeiter, Seeleute und Wasserbauarbeiter nicht ihr eigenes Licht unter den Scheffel stellten. Bei etwas mehr Rücksichtslosigkeit gegenüber dem kommunisti-

schen Geschrei, die es prachtvoll verstehen, aus einem Floh einen Elefanten zu machen, könnte bis zur nächsten Berichterstattung der Stand der Mitgliederzahl von 94 000 mindestens um 50% erhöht werden. -

Die Aussprache über Rudolfs Bericht brachte im wesentlichen Zustimmung zu dem Grundgedanken und dem Ziel des Zusammenschlusses. So wurde vielfach gleicher Ablauf der Tarife der einzelnen Fachgruppen gefordert. Für die Fachgruppen selbst verlangte man soweit als möglich Schaffung grosser Reichstarife, so z.B. die Schaffung eines Reichsmanteltarifs für Hafenarbeiter. Das Fehlen eines besonderen Organs für die Probleme der einzelnen Gruppen der Reichsleitung wurde als bedauerlicher Mangel empfunden, wenngleich die mit der Schaffung eines solchen Organs verbundenen Kosten nicht übersehen wurden. Gefordert wurde ferner grössere Sicherung der Beschäftigung der Hafenarbeiter, vor allem in den Industriehäfen, wo sich Oel- und Speisefettfabriken befinden und vielfach Fabrikarbeiter zur Arbeit am Kai verwendet werden. Ebenso wurden Sicherungen dagegen gefordert, dass den Hafenarbeitern nicht durch Verwendung von Matrosen beim Laden und Löschen die Beschäftigungsmöglichkeit genommen werde. Beachtung verdient auch der Hinweis, dass die Organisationsarbeit unter den Seeleuten aufs äusserste erschwert wird nicht nur durch den kurzen Aufenthalt der Schiffe in den Häfen, sondern auch durch Schikanen gegenüber freigewerkschaftlichen Vertretern, die in der Arbeitspause zwischen 12 und 1 an Bord gehen wollen. Gegenüber Kommunisten, die an Bord gehen, ist man bei den Reedern viel nachsichtiger und die Nazis werden nicht nur nicht von Bord gewiesen, sondern förmlich zum Besuch eingeladen.

Fast alle Debatteredner wiesen nachdrücklich auf die durch die Wirtschaftskrise und die Rationalisierung hervorgerufene grosse Arbeitslosigkeit und Verringerung des Arbeiterbestandes in den Häfen und in der Schiffahrt hin. Hier knüpfte im weiteren Verlauf der Konferenz das Referat Dr. Hertnecks an, der über "Schiffahrt und Weltwirtschaftskrise" sprach.

SPD. Am Dienstag beginnen in Duisburg Tarifverhandlungen für die Rheinschiffahrt. Die Wirtschaftskrise hat auf dem Rhein im Frachtverkehr eine geradezu beängstigende Stille eintreten lassen. Dass die Reeder unter diesen Umständen und unter Hinweis auf das Gutachten der Rhein-Kommission noch schärfer als bisher auf eine Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hinarbeiten, versteht sich von selbst. Man darf sich auf scharfe Auseinandersetzungen gefasst machen.

SPD. Am Montag beginnen in Bochum für den Ruhrbergbau Verhandlungen über die Arbeitszeitfrage. Die Gewerkschaften fordern Wiedereinführung der 7-Stundenschicht und zwar aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen, da eine Preissenkung kaum nennenswerte Wiedereinstellungen ermöglicht.

SPD. Im Lohnstreit der Berliner Metallindustrie haben die Arbeitgeber nunmehr doch Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs beantragt.

SPD. Für eine internationale Regelung der Arbeitsbedingungen in der Binnenschiffahrt werden zur Zeit in Genf beim Internationalen Arbeitsamt in einem besonderen Ausschuss Vorarbeiten durchgeführt. Zunächst soll die Frage der Arbeitszeit in Angriff genommen werden, vor allem die Mindestruhezeit und die Nachtruhezeit.

Deutscher Reichstag

5. Sitzung vom 18.Oktober 1930.

SPD. Bei Eröffnung der Sitzung teilt Präsident Löbe mit, dass Abg. Dr. Leber (Soz) den unparlamentarischen Zuruf, den er gestern gemacht hatte, mit Bedauern zurückgenommen habe. Der Präsident begrüsst dieses Verhalten und richtet im Anschluss daran an die Abgeordneten die Mahnung, an der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken. Wir müssen, so schliesst Präsident Löbe, nach und nach aus dem Toben zur sachlichen Verhandlung kommen. Ich bemerke, dass die Führer aller Parteien bestrebt sind, dahin zu wirken. Ich hoffe, dass auch die Mitglieder diesem Beispiel folgen.

Auf der Tagesordnung steht die dritte Beratung des Zusatzabkommens zum deutsch-finnischen Handelsabkommen.

Abg. Putz (Komm) bekämpft die Vorlage. - Abg. Dr. Agena (Dn) betont, Schutzzölle lägen durchaus im Interesse auch der Kleinbauern. - Die Schlussabstimmung über die Vorlage wird zurückgestellt.

In der dann folgenden dritten Beratung des Schuldentilgungsgesetzes führt Abg. Dr. Quaatz (Dn) aus, der Reichsfinanzminister Dietrich habe seine Berechnung zu optimistisch aufgestellt und vor allem nicht die ständig wachsende Zahl der ausgesteuerten Erwerbslosen berücksichtigt. Wenn nach der eigenen Angabe des Ministers die Schuldenlast am 1.4.1931 nicht vermindert ist trotz der Kreuger-Anleihe, so bedeutet das, dass die Regierung die Deckung laufender Ausgaben der Zukunft überlässt im Wege der Anleihe-Aufnahme. Das ist mit einer geordneten Finanzwirtschaft nicht vereinbar. Die ganze deutsche Wirtschaft ist widernatürlich geworden, weil ihr das Betriebskapital entzogen wird zugunsten der Finanzierung des französischen Militarismus.

Abg. Feder-Sachsen (Nat.Soz.) schliesst sich der Kritik des Vorredners an der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik an. Die Wirtschaft werde geschädigt durch Steuerbolschewismus. Dazu komme die grosse Einfuhr. Bei dieser Lage werde der Ueberbrückungskredit in der vorgesehenen Zeit nicht abgedeckt werden können. Der Redner begründet einen Antrag auf schärfere steuerliche Erfassung von Gewinnen aus Börsengeschäften.

Auch die Abstimmungen zu dieser Vorlage werden zurückgestellt.

Abg. Dr. Frick (Nat.Soz.) bringt hierauf als Ergänzung zu dem allgemeinen Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett noch besondere Misstrauensanträge gegen die Minister Dr. Curtius, Groener und Dr. Wirth ein. Diese Misstrauensanträge werden motiviert mit dem Verhalten von Dr. Curtius in Genf, mit dem Einschreiten des Ministers Groener gegen die Ulmer Reichswehroffiziere und mit dem Vorgehen von Dr. Wirth gegen die Regierung Thüringens.

Abg. Gottheiner (Dn) verliest dann besondere Misstrauensanträge gegen die Minister Dr. Curtius, Dr. Wirth und Treviranus.

Präsident Löbe: Weitere Misstrauensanträge liegen augenblicklich nicht vor (Heiterkeit).

In der Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung verlangt Abg. Döbrich (Landvolkpartei) die Abschaffung des Versailler Vertrages. Mit der Kriegsschuldenlüge muss aufgeräumt werden. Wir legen Verwahrung dagegen ein, dass Deutschland auf internationalen Kongressen durch den Sozialdemokraten Breitscheid vertreten wird. (Beifall b.d.Nat.Soz.) Dem Reichskanzler und dem Reichsernährungsminister Schiele danken wir für das, was sie im Interesse der deutschen Landwirtschaft getan haben. (Unruhe b.d.Nat.Soz.) Wir leiden unter den hohen Tributen an das Ausland, aber auch unter der fortwährenden Steigerung der Soziallasten. Wir werden die Notverordnung und die neuen Vorlagen sachlich prüfen. Der Reparationsantrag Hugenberg kann auch keine Hilfe bringen. Wenn man parlamentarisch regieren will, dann muss bei der Regierungsumbildung dem Ausgang der letzten Wahlen Rechnung getragen werden. Wir werden dem Miss-

trauensantrag gegen das Gesamtkabinett zustimmen. Wir erwarten aber, dass das Wehrministerium dem Streit der Parteien entzogen wird und dass Minister Schiele als Fachminister uns erhalten bleibt. Wir haben einen Misstrauensantrag gegen den Aussenminister Dr. Curtius eingebracht und wir hegen auch das grösste Misstrauen gegen den Innenminister Dr. Wirth. Zum Minister Schiele haben wir Vertrauen und zum Reichskanzler würde unser Vertrauen noch grösser sein, wenn er sein Verhältnis lösen würde zu einer staats- und kirchenfeindlichen Partei.

Abg. Torgler (Komm) erklärt, seine Freunde könnten für die nationalsozialistischen Misstrauensanträge wegen der ihnen beigegebenen Begründung nicht stimmen. Sie würden aber den ohne Motivierung eingebrachten deutschnationalen Misstrauensanträgen zustimmen und würden gegen Reichswehrminister Groener noch ein besonderes Misstrauensvotum einbringen.

Abg. Simpfendörfer (Chr.soz.Vd.) erklärt, der Christlichsoziale Volksdienst betrachte sich nicht als eine Partei, sondern als eine evangelische Bewegung mit dem Ziel, die sittlichen Kräfte der Nation zurstärkeren Entfaltung zu bringen. Der Aufhebung der Notverordnung können wir nicht zustimmen, aber wir wünschen ihre Verbesserung in vielen Punkten. Das Regierungsprogramm werden wir sachlich prüfen. Die Frage der Einführung eines Arbeitsleistungs- oder Arbeitsschulungsjahres muss sofort geprüft werden.

Abg. Abel (Volksnat.Reichsvgg.) polemisiert gegen die Nationalsozialisten. Wir machen es nicht mit, einem Misstrauensantrag gegen den Aussenminister zuzustimmen, um auf diese Weise das ganze Kabinett zu stürzen. Wenn von dort (zu den Nat.Soz.) gesagt wird, das ist die Tribut-Regierung und wir sind die Befreiungspartei, so ist das reine Demagogie. Auch wir stellen uns den deutschen Staat anders vor als er heute aussieht; aber wir beschränken uns nicht auf negative Agitation, sondern wollen positiv daran arbeiten, diesen Staat vorwärts zu bringen zum Heil des deutschen Volkes.

Abg. v. Lindeiner-Wildau (Volkskons.) verliest eine Erklärung seiner Gruppe, in der es heisst, angesichts der durch jahrelange Misswirtschaft eingetretenen Finanznot müsse der aufgeblähte Verwaltungsapparat rücksichtslos abgebaut werden unter schleuniger Inangriffnahme der Reichsreform. Bei der Verbesserung der Notverordnung müssten alle marxistischen Experimente vermieden werden. Die bei der deutschen Wirtschaftsnot unerträglich gewordenen Reparationslasten müssten auf dem Wege direkter Revisionsverhandlungen mit den Vertragsgegnern erleichtert werden, da die Voraussetzungen für den Youngvertrag durch die inzwischen eingetretene Wirtschaftskrise in Deutschland durchaus geändert worden sind.

Abg. Dr. Hoegner-München (Soz):

Herr Strasser soll einmal der Schrecken des Reichstags gewesen sein. Aber das ist wohl schon lange her, nach seiner gestrigen Rede zu schliessen. Er sollte wohl mit dem Florett fechten, aber es war nur eine stumpfe Klinge. Er hat eine Bilanz der Politik der letzten 12 Jahre aufgestellt, die Aktivposten verschwiegen, die Passivposten masslos vergrössert, sodass ich ihn in meinem Privatberuf als Staatsanwalt eigentlich wegen Bilanzverschleierung anklagen müsste. (Heiterkeit) Schon der Eröffnungstag dieser Bilanz war falsch. Die deutsche Geschichte hat nicht erst vor 12 Jahren begonnen, und die heutigen beklagenswerten Zustände sind nicht erst die Folge des vor 12 Jahren eingeführten Staatssystems. Voraus ging der Krieg, der die seelischen und materiellen Kräfte des deutschen Volkes übermässig in Anspruch genommen hat, und dieser Krieg wurde verloren. (Lärmende Nazirufe: Ihr seid bezahlt worden dafür!) Die deutsche Sozialdemokratie, deren Mitglieder zum grössten Teil den Krieg nicht mit Worten, sondern mit Taten mitgemacht haben, kann durch diesen gemeinen und niederträchtigen Vorwurf nicht getroffen werden. (Beifall der Soz. - Nazifrage: Seit wann sind denn Sie Sozialdemokrat?) Seit meiner Jugend bin ich es, weil ich in meiner Jugend erlebt habe, was es heisst, aus den armen

Volksschichten hervorgegangen zu sein. (Sehr gut! links).

Herr Strasser sagte, die Freiheit der aussenpolitischen Entschliessung sei dem deutschen Volk verloren gegangen. Aber das geschah nicht erst 1918. Mit dieser Freiheit war es schon vorbei, als Wilhelm II. 1899/1901 das englische Bündnisangebot abgelehnt hat, als Eduard VII., Wilhelms Oheim, die Einkreisungspolitik gegen Deutschland vollendet hatte, und endgültig war es damit vorbei, als Hindenburg und Ludendorf im Oktober 1918 das berühmte Telegramm abschickten, dass binnen 48 Stunden Waffenstillstand gemacht werden müsse, weil die Armee nicht länger warten könne, und als Generalfeldmarschall von Hindenburg seinen letzten Armeebefehl erliess: in diesem oder jenem Punkt müsse versucht werden, eine Erleichterung der Waffenstillstandsbedingungen zu erlangen, gelinge es nicht, müsse trotzdem abgeschlossen werden. Diese Freiheit also ist schon fast seit dem Regierungsantritt Wilhelms des Verblendeten zwangsläufig verloren gegangen. (Zustimmung links) Nach dem Zusammenbruch hat die deutsche Sozialdemokratie die geschichtliche Aufgabe übernommen, aus den Trümmern zu retten, was zu retten war. Wenn Sie (nach rechts) der geschichtlichen Wahrheit die Ehre geben wollen, dann müssten Sie anerkennen, dass die deutsche Sozialdemokratie trotz aller separatistischen Bestrebungen im Westen und Süden das Reich zusammengehalten, und dass sie schon im November 1918 durch ihre sozialpolitische Tätigkeit dafür gesorgt hat, dass die Lasten des verlorenen Krieges nicht samt und sonders auf die ärmsten Volksschichten abgewälzt wurden. (Sehr wahr links) Strasser hat gestern auch von der Arbeitslosigkeit gesprochen. Er hätte aber hinzufügen müssen: Wenn heute das Elend der Arbeitslosen wenigstens gemildert werden kann, so hat das Verdienst daran die deutsche Sozialdemokratie (Lachen rechts) die im Jahre 1918 die Arbeitslosenunterstützung eingeführt hat. Gewiss haben wir von 1919 bis 1924 die fürchterlichsten Repressalien, die Zerstörung unserer Währung durch den Ruhrabwehrkampf erdulden müssen, und haben jetzt die grösste Weltwirtschaftskrise. Schildert man aber die Zustände so wie Strasser, so verbreitet man eine Panikstimmung. So liegen die Dinge doch nicht. Es gibt in Deutschland noch Leute auch in der NSDAP, die sich noch Luxusautos kaufen können, es werden noch Dividenden in Deutschland verteilt, es bestehen noch Riesengehälter in der Privatindustrie. Gewiss ist das Elend breiter Volksschichten unerträglich, aber wir bezweifeln sehr, ob es durch Medikamente aus nationalsozialistischen Parteiapotheken (Heiterkeit) gemildert werden kann.

Der versöhnliche Ton der nationalsozialistischen Aussenpolitik geht wohl auf die angenehmen Beziehungen mit Rothermere zurück. Aber wie passt dazu der Lärm, mit dem dieselben Nationalsozialisten früher die deutsche Friedenspolitik verurteilt und angeprangert haben! Wenn übrigens Herr Strasser geschichtliche Vorgänge, auch den Weltkrieg auf wirtschaftliche Ursachen zurückführt, so kann ich ihm nicht helfen, das ist durchaus marxistisch! (Heiterkeit) Strasser hat den Versailler Frieden verurteilt, aber waren es nicht sozialdemokratische Reichskanzler, die die eindrucksvollsten Worte dagegen gesprochen haben, als Sie (nach rechts) noch nicht im Reichstag gesessen haben. Wir haben allerdings dem Deutschen Volke niemals vorgespiegelt, man brauchte diesen Vertrag nur zu zerreissen, und dann wäre er weg! Die allerschärfsten Proteste gegen die Lüge von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege hat gerade die Sozialdemokratie erhoben (dauerndes Nazigeschrei). Herr Strasser, reizen Sie mich nicht, ich könnte sonst erzählen, wie Sie einmal mit einem gewissen Ehrenwort herumgeworfen haben. (Hört! Hört! links. - Strasser: Ich habe kein Ehrenwort gegeben.) Sie haben am 13.November 1923 Ihr Ehrenwort gegenüber der Landshuter Polizei, die Waffen in die Kaserne zu schaffen, gebrochen. (Stürmisches Hört! Hört! links und in der Mitte. - Strasser: Jawohl, diesem System gegenüber immer! - Begeisterter Nazibeifall - Entrüstungsrufe links und in der Mitte.) Sie bekennen sich also zu dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel! (Strasser: In der Politik ja! - Grosser Nazibeifall - Hört! hört! links und in der Mitte.)

Ist vielleicht durch Ihren Gesang "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen" der französische Militarismus vom Rhein entfernt worden? Jahrelang haben Sie gewettert gegen die schwarze Schmach. Wenn heute deutsche Frauen und Mädchen im ehemals besetzten Gebiet von Senegalnegern nicht mehr vergewaltigt werden können, so gebührt der Dank dafür gewiss nicht den Nationalsozialisten, aber vielleicht eher dem damaligen Reichskanzler Hermann Müller (Die Nazis schreien wieder). Schreien Sie nicht schon jetzt, es kommt noch viel schlimmer! (Heiterkeit links).

Der deutschnationale Redner hat sich heute darüber gewundert, dass wir überhaupt noch Reparationslasten haben. Allerdings sind die Dinge anders gekommen, als der kaiserliche Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. Helfferich sich im Jahre 1915 vorgestellt hat. Am 10.März 1915 hat er hier im Reichstag erklärt: "Wir werden nicht darauf verzichten und denken nicht daran, darauf zu verzichten, dass unsere Feinde uns für den materiellen Schaden aufkommen müssen, den sie mit diesem frevelhaft angezettelten Krieg angerichtet haben." (Hört! hört! bei den Soz.) Und am 20.August 1915 hat Helfferich hier im Reichstag gesagt: "Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter dieses Krieges verdient, sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir." (Hört! hört! links. - Rekordgebrüll der Nazis). So haben die anderen auch geredet, wir haben den Krieg verloren, dann wundern Sie sich noch, dass wir Reparationslasten haben? (Nazirufe: Anwalt Frankreichs! Sind wir denn hier Franzosen? - Trotz der Mahnungen des Vizepräsidenten Esser schreien die Nazis und die Hugenberg-Leute etc. andauernd und immer massiver weiter. Man hört Rufe: Novemberlumpen, Volksverräter usw. Erst nach einigen Minuten kann der Redner weitersprechen.) Der Reichshaushalt enthält für aussenpolitische Kriegslasten 1,8 Milliarden Goldmark, im Haushalt für 1928 waren dafür noch 2,5 Milliarden Goldmark eingesetzt. Strasser hätte also fragen müssen, in welcher Lage wären wir erst, wenn wir auch noch die 700 Millionen mehr bezahlen müssten! Unsere Situation ist die Folge der Weltwirtschaftskrise. (Dauernde lärmende Nazirufe. Der Abg. Münchmeyer wird zur Ordnung gerufen, weil er den Redner einen Anwalt Frankreichs genannt hat. - Andere Hitlerleute schreien, das sei doch bekannt. Es folgen weitere Ordnungsrufe.) Auch wir Sozialdemokraten sind stets für weitere Verminderung der Reparationslasten eingetreten. Wir wüssten mit den 1,8 Milliarden in Deutschland wahrlich Besseres anzufangen. Wir erwarten von der Reichsregierung, dass sie alle Möglichkeiten ausschöpft, die zu einer weiteren Minderung der Reparationslasten und zur Revision der Verträge führen können. So äussern sich jetzt auch Hitler und Strasser, aber vor der Wahl wurde Zerreissung des Youngplans ohne Rücksicht auf die Folgen gepredigt. Gestern hat Strasser auch versichert, die Nationalsozialisten wollten keinen Krieg. Wenn diese Erklärung nicht mit innerem Vorbehalt zu verstehen ist, so hätte diese Partei doch allen Anlass, mit den republikanischen Verständigungs- und Friedenspolitikern einen Friedens- und Freundschaftsvertrag abzuschliessen. (Nazigebrüll.)

Strasser forderte Beseitigung des Leerlaufs der Wirtschaft, Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, Gesundung der Landwirtschaft. Wer will denn das nicht? Aber die Wege dazu hat er nicht angegeben. Er will die allgemeine Arbeitspflicht einführen. Dieser schöne Gedanke ist freilich schon in dem sogenannten Sozialisierungsgesetz des Reichspräsidenten Ebert vom März 1919 gesetzgeberisch behandelt worden, und steht auch in der Deutschen Verfassung. Aber heut wären wir froh, wenn wir all' denen Arbeit verschaffen könnten, die arbeiten wollen! Die späte Erkenntnis der NS, dass wertschaffende Arbeit die alleinige Kraftquelle eines Volkes ist, haben wir Marxisten schon in den Anfangsgründen des Sozialismus gelernt. Wirtschaftliche Autarkie verlangte Strasser; aber ehe der Goldmacher des Herrn Ludendorf, Herr Tausend, das Goldmachen nicht erfunden hat, ehe man in Deutschland nicht Baumwolle und Kautschuk anpflanzen

kann, bleibt das ein schöner Traum, dessen Verwirklichung überdies Millionen deutscher Arbeiter das Brot kosten würde. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie Ausschaltung der Juden aus Staat und Gesellschaft fordern, so ist das rücksichtslos gegenüber den ehemaligen Fürsten, die heute in der Hitlerpartei stehen; wenn diese ihre Parteibeiträge zahlen können, so nur deshalb, weil ihre Vorfahren von den Juden das Geld gepumpt haben, um ihre verpfändeten Schlösser, Lände und Kronen auszulösen. (Sehr gut! links) Von der sozialen Frage hat Strasser wenig gesprochen. Die von ihm angeregte Gewinnbeteiligung der Arbeiter ist teilweise in der amerikanischen und auch der deutschen Industrie eingeführt. Aber sie hat zur Folge, dass eine bevorzugte Klasse von Arbeitern geschaffen wird, die sich in grösserer Abhängigkeit vom Unternehmerkapital befindet. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Uebel der kapitalistischen Wirtschaft, nämlich das Missverhältnis zwischen Massenerzeugung von Gütern und der Kaufkraft des Volkes, die ungeregelte anarchische Produktion werden durch eine solche Gewinnbeteiligung nicht beseitigt. Hat doch selbst Amerika über 7 Millionen Arbeitslose. Schliesslich hat Strasser gemeint, praktische soziale Massnahmen hätten erst dann einen Wert, wenn sie von der Zentralsonne einer neuen Staatsauffassung ausgestrahlt sind. (Strasser: Sehr richtig) Sie vertrösten also die Arbeiter auf den jüngsten Tag. Wir aber versuchen auch in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung, das Los der Arbeitenden zu erleichtern. Deshalb treiben wir Sozialpolitik. (Lebh. Beifall der Soz.) Wenn Sie gegen die Kapitalflucht sprechen, so frage ich: Sind es nicht die angeblich Nationalen gewesen, die seit Jahr und Tag im Ausland das Gespenst einer neuen deutschen Inflation hervorgerufen haben? (Rufe links: Hugenberg!) Der "Völkische Beobachter" hat in den letzten Monaten regelmässig folgenden mit Hakenkreuzen eingerahmten Alarmruf gebracht:

> Die kommende Inflation! Volk, schütze Dein Eigentum vor der Beschlagnahme unseres Sparvermögens vor der Zwangsverwaltung Deutschlands.

Ist das nicht eine Aufreizung zur Kapitalflucht? (Gelächter der Nazis.) Herr Strasser aber redet von Alarmartikeln der jüdischen und marxistischen Presse.-

Herr Strasser hat mit verdecktem Visier gesprochen. Wir wollen das Visier einmal hochheben. Schon der Name "Nationalsozialismus" ist, um mit Kapitän Ehrhardt zu sprechen, ein ausgezeichneter Deckname, ein vorzügliches Deckblatt gewesen. Es ist ja auch nicht national gewesen, als Ihr Parteiführer am 11. Januar 1923 im Münchener Kindl-Keller zum Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet ausgerufen: "Nicht nieder mit den Franzosen muss es heissen, sondern nieder mit den Novemberverbrechern!" (Entrüstungsrufe der Soz., Beifall der Nazi.) Damit charakterisieren Sie sich selbst. Ihr Verdienst ist es nicht, dass die Franzosen das Ruhrgebiet wieder verlassen haben. Eine Politik ist nicht national, die ein Militärbündnis mit Italien anstrebt, um dann Frankreich anzugreifen, wobei die deutschen Ostgrenzen auf das äusserste gefährdet werden. - Eine Politik, die dann als Preis die deutschen Südtiroler in kultureller und sprachlicher Beziehung an Italien ausliefert. Eine Politik ist nicht national, die im Herbst 1923.... (Der Lärm der Schimpfrufe von rechts und der Gegenrufe von links erreicht seinen Höhepunkt. Die oftmaligen Mahnungen und Bitten des Vizepräsidenten Esser bleiben ohne Erfolg.

Heines, derüberhaupt einer der lautesten Schreier ist, droht dem Redner: "Kommen Sie nur wieder nach München, da kommen Sie dran!" Der Redner erwidert: "Wollen Sie an mir einen neuen Fememord begehen?" Nazirufe: "Wir wollen uns die Finger an Ihnen nicht schmutzig machen, haben Sie Angst?")

Abg. Dr. Hoegner (Soz): Dass ich vor Ihnen keine Angst habe, das habe ich im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages bewiesen (Dauergeschrei und Lachen der Nazis. - Abg. Dittmann (Soz) fragt den Vizepräsidenten, ob er den Drohruf nicht gehört habe. - Vizepräsident Esser schliesst Heines von der Sitzung aus. Auch andere Nazis verlassen den Saal. - Severing geht, um zu de-

monstrieren, dass die Sozialdemokraten sich von den Nazis nicht einschüchtern lassen, mitten durch ihre Reihen. Einige andere Sozialdemokraten folgen ihm, brauchen aber nicht zu seinem Schutz einzugreifen. Im Wandelgang der Rechten, den diese Sozialdemokraten zugleich mit einer Anzahl Nazis betreten, scheint es zu einem Zusammenstoss zu kommen, Präsident Löbe eilt herbei, auch ihm folgen einige Sozialdemokraten, die Nazis rufen, dass sie Löbe nicht anrühren. Er bringt schliesslich die beiden Parteien auseinander. - Im Saal tritt wieder verhältnismässige Ruhe ein, sodass nach minutenlanger Unterbrechung der Redner fortfahren kann.)

Abg. Dr. Hoegner (Soz): Eine Politik ist nicht national, die im Herbst 1923 den französischen Militaristen in die Hände gearbeitet hat. (Andauernde Unterbrechungen rechts) Sie nennen sich eine sozialistische Partei. Gewiss, Sie haben einige sozialistische Gedankengänge und Sie haben einige sozialistische Zukunftsforderungen aus unserem Programm und aus der Weimarer Verfassung abgeschrieben. Den wissenschaftlichen Sozialismus hat Strasser gestern ausdrücklich verworfen und dafür "primitive Heilmethoden" empfohlen. Mit solchen Quacksalbereien, die man auf jedem Jahrmarkt der Politik ausrufen kann, sind wohl primitive politische Seelen und politische Analphabeten in Bewegung zu setzen. (Strasser: 6½ Millionen!) Aber wenn Sie einen Sozialismus durchführen sollten, müssten Sie wieder die Wissenschaft zu Hilfe rufen. Hunderttausende haben Ihnen ihre Stimme gegeben, weil sie am kapitalistischen Wirtschaftssystem verzweifelten, sie sind Ihrem primitiven Gefühlsradikalismus und Scheinsozialismus zum Opfer gefallen. Wir werden dafür sorgen, dass sie den richtigen Weg zum Sozialismus finden.

Die Nationalsozialisten machen Anspruch darauf, eine Arbeiterpartei zu sein. Das Recht dazu hat die deutsche Arbeiterschaft immer jenen Organisationen abgesprochen, die vom Grosskapital Geld genommen haben. Die Nationalsozialisten sind aber finanziell vom Grosskapital abhängig. (Die Nazis lachen und rufen den Sozialdemokraten zu: Sie haben Gelder von den Franzosen genommen.) Kapitänleutnant von Mücke, der frühere Nationalsozialist....

Hier kommt es zu einem neuen Krawall. Abg. Dr. Breitscheid (Soz) fordert den unbekannten Nazi, der immerfort von Franzosengeld für die Sozialdemokraten schreit, zur Wiederholung seiner Behauptung auf, zumal die Frage des Vizepräsidenten nach dem Namen dieses Verleumders zunächst ohne Antwort bleibt. Die Linke ruft den hinausgehenden Nazis stürmisch zu "Raus". - Die Nazi fordern vom Redner Beweise.

Abg. Dr. Hoegner (Soz): Kapitänleutnant von Mücke hat in einem seiner Mückebriefe im vorigen Jahr erklärt, dass Hitler nach der Pfeife des Herrn Mutschmann tanzen müsse, weil dieser der Geldgeber der Nationalsozialisten sei. (Dr. Frick: Das ist doch kein Beweis!) Wenn das Ihr früheres Parteimitglied sagt, dann muss es doch sicher wahr sein! - Im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtages sind drei Geldquellen der Nationalsozialisten festgestellt worden: erstens das neutrale Ausland, zweitens schöne Frauen, drittens die Grossindustrie. (Nazirufe: Unverschämtheit! - Abg. Mutschmann (Natsoz): Ich klage Sie hier öffentlich der Lüge an, ich bin Mutschmann, ich habe noch nie einen Pfennig Geld für die NSDAP gegeben!) Dann setzen Sie sich mit Herrn Helmut von Mücke auseinander. (Nazirufe: Hinaus mit dem Kerl! Sie beleidigen 12 Millionen Deutsche. - Andauernde Schlussrufe, die den Redner zum Abtreten zwingen sollen.) Nationalsozialistische Agenten, darunter Dr. Emil Ganser, haben 1922/23 den braven schweizer Bürgern (andauernder Lärm und Schlussgeschrei rechts - Abg. Biester (Soz): Soll denn diese Gesellschaft das Parlament beherrschen? Kann nicht endlich einmal Ruhe werden? - Abg. Wels (Soz): Wollen Sie nicht die ganze Fraktion ausweisen? - Lärm), nationalsozialistische Agenten haben damals den Schweizer Bürgern vorgemacht, dass Deutschland vor dem Bolschewismus stehe und nur durch die Nationalsozialisten gerettet werden könnte, dadurch haben sie Gelder von den Schweizer Bürgern bekommen und ihre Offiziere

mit schweizer Devisen im Herbst 1923 bezahlt. (Lebh.Hört! hört! links - Nazirufe: Provokation!) Frau Helene Bechstein geb. Kapito hat vor der Münchener Polizei am 27.Mai 1924 ausgesagt :

"Ich und mein Mann sind mit Hitler freundschaftlich verbunden. Als Hitler in Landsberg auf Festung war, habe ich ihn, um bei ihm vorgelassen zu werden, fälschlich als meinen Adoptivsohn ausgegeben. Ich wollte, Hitler wäre mein Sohn. Mein Mann hat Hitler wiederholt finanziell zur Unterstützung seines Zeitungsunternehmens unter die Arme gegriffen. Persönlich habe ich Hitler in der Weise unterstützt, dass ich ihm Kunstgegenstände zur Verwertung übergab mit dem Bemerken, er könne damit machen, was er wolle. Es handelt sich um solche von höherem Wert."

(Die Nazi appellieren an die Regierung, ob das zur Debatte gehöre und was die Regierung zu solchen Eideshelfern sage. Zu den Sozialdemokraten schreien sie hinüber: Was habt Ihr denn von Barmat, Sklarek und den Juden bekommen? - Andauernder Lärm.) Nach dem Zeugnis des Geh.Kommerzienrat Aust und des Syndikus des Bayerischen Industriellenverbandes Dr. Kuhlo hat die Grossindustrie Gelder gespendet (Nazirufe: Schluss! Schluss!), weil die Nationalsozialisten die einzigen Leute seien und Hitler der einzige Mann sei, um die Arbeiter aus den Klauen des Marxismus zu retten. In dem Augenblick, in dem die Nationalsozialisten nicht mehr diese Aufgabe erfüllen, werden sie zum alten Eisen von der Grossindustrie geworfen werden. Wenn Sie wirklich eine Arbeiterpartei wären, dann hätten Sie es nicht an dem primitivsten Gefühl der Solidarität gegenüber der gesamten Arbeiterschaft fehlen lassen. Am 1.Mai 1923 haben Nationalsozialisten zusammen mit anderen Verbänden Waffen aus den Reichswehrkasernen geholt, um die Münchener Arbeiter in den Strassen wie tolle Hunde zusammenzuschiessen. (Hört! Hört! links. - Schluss! Schluss! rechts). Am 9.November 1923 haben die Nationalsozialisten im Müchener Rathaus in Ehren ergraute Sozialdemokraten verhaftet, um sie in den Wald zu führen und dort erschiessen zu lassen. (Hört! Hört! links) Strasser hat am Freitag Abscheu gegen Bürgerkrieg und Klassenhass geäussert. Aber am Anfang der nationalsozialistischen Bewegung steht die Tat von 1923. Für Ihre politischen Mittel in den letzten Monaten ist die Drucksache Nr.87 ein sprechender Beweis, worin gegen 23 Abgeordnete dieser Fraktion in über 100 Strafverfahren wegen Beleidigung und Pressevergehen die Aufhebung der Immunität verlangt wird. (Die durch Dauerkrawall der Nazis so stark eingeschränkte Redezeit ist abgelaufen!) - Hitler hat in einem Gespräch mit Otto Strasser einmal gesagt, die deutschen Arbeiter hätten nur Brot und Spiele im Kopf, sie müssten deshalb durch eine Herrenschicht besserer Rasse rücksichtslos beherrscht werden.

Die deutsche Arbeiterschaft ist kein verludertes und verlottertes Lumpenproletariat, wie das der römischen Kaiserzeit. Die deutsche Arbeiterschaft ist wohl organisiert und diszipliniert, und wir werden keinen Augenblick zögern, das Schwergewicht dieser Organisation, wenn es notwendig ist, gegen den drohenden deutschen Faschismus in die Wagschale zu werfen! (Stürmischer langanhaltender Beifall und Händeklatschen der Soz. - Grosser Lärm und andauernde Pfui-Rufe der Nazis.)

Abg. Schmidt-Hannover (Dnat) ruft grosse Lärmszenen hervor, als er in herausfordernder Weise dem Abg. Dr. Hoegner unerhörte Verunglimpfung solch grosser Männer wie Hitler und Helfferich vorwirft. Vizepräsident Esser mahnt ihn unter dem Gebrüll der Nazis zur Mässigung. Wegen Beleidigung der Verfassung erhält er einen Ordnungsruf. Scharf tadelt er Groener, Schleicher und Treviranus.

Abg. Graf zu Reventlow (Natsoz) behauptet, dass die Sozialdemokratie der Friedensgesellschaft recht nahe stehe und ihre Politik durch das Zeugnis Dr. Kurt Hillers gekennzeichnet werde, der im Prozess Friedensgesellschaft gegen "Rote Fahne" beeidet hat, Regierungsgelder aus Frankreich, Polen und der Tsche-

choslowakei seien einer Abteilung der Friedensgesellschaft zur Förderung der Kriegsschuldlüge zugeflossen. Die Revisionsforderung der Sozialdemokraten ist nicht ernst zu nehmen; wenn sie gegen den Youngplan auftreten, würden noch ganz andere Dinge von Frankreich an den Tag gebracht werden. (Leidenschaftlicher Protest der Soz. - Auf die Frage des Vizepräsidenten, ob er ein Mitglied des Hauses mit seinen Andeutungen meine, antwortet Reventlow, das könne er im Augenblick nicht kontrollieren. - Stürmische Schlussrufe links. - Abg. Peters (Soz): Sie Feigling, Sie haben sich im Krieg gedrückt. - Ordnungsruf, ebenso für den Redner, der es im ganzen auf drei Ordnungsrufe bringt.)

Abg. Frau Reese (Komm) hält unter vollkommen überflüssigem Stimmaufwand eine Droh- und Racherede gegen Kapitalismus, Sozial_ und gemeinen Faschismus, gegen Gewerkschaftsbonzen usw. Sie bringt einen Misstrauensantrag gegen den Reichsarbeitsminister ein und verliest unter grosser Heiterkeit der Linken aus dem "Völkischen Beobachter" das Beileidstelegramm der NSDAP an die englische Young-Regierung zum Luftschiffunglück.

Abg. Dr. Brauns (Ztr) weist die Angriffe Reventlows auf die Kirche zurück und spricht gegen die Anträge auf Nichtverbindlichkeitserklärung des Berliner Schiedsspruchs, weil diese Anträge die volle Unabhängigkeit der Schlichtungsinstanzen bedrohten. Dadurch würde den Vorwürfen der Feinde des Schlichtungswesens Recht gegeben. Auch der Arbeitsminister muss als oberster Schlichter vollkommen unabhängig bleiben. Damit waren bisher auch die Sozialdemokraten einverstanden, und das liegt auch im Interesse der Arbeiterschaft. (Abg. Aufhäuser (Soz): Die Regierung übernimmt doch die Verantwortung für die Lohn- und Preisentwicklung!) Stellen Sie doch ein Misstrauensvotum gegen den Arbeitsminister, aber Sie können nicht in seine Amtsführung eingreifen.

Abg. Stubbendorf (Dnt) spricht über die Notlage der Landwirtschaft.

Abg. v. Oldenburg (Dntl) dankt Schiele und Brüning für die von ihnen geschaffenen Ansätze zur Linderung der Agrarnot. Diese Versuche bleiben aber wirkungslos, solange die Preussische Regierung politisch im Gegensatz zur Reichsregierung steht. Die Preussenregierung besitze nicht das Vertrauen der ostpreussischen Landwirtschaft, weil durch sie alle Hilfsmassnahmen politisiert würden.

Der Redner beklagt dann die Vorgänge des Leipziger Reichswehrprozesses vom Standpunkt des "nationalen Wehrwillens" und bedauert, dass er nicht mehr so ehrliche Gegner wie den alten Bebel habe. (Hört! hört! links.Beifallsgebrüll bei den Natsoz. - Abg. Hugenberg gratuliert dem Redner. - Die Nazi rufen: "Deutschland erwache!", die Kommunisten "Hitler verrecke!" - Ordnungsrufe des Präsidenten.)

Abg. Brandes (Soz): Mein Vorredner scheint vergessen zu haben, dass der Reichstag nicht das alte Dreiklassenparlament im Obrigkeitsstaat ist, und hat sich mit so unwichtigen Dingen wie Militäranekdoten beschäftigt.

Das wichtigste Problem der deutschen Entwicklung ist die Wirtschaftkrise und die Arbeitslosigkeit, die zu einer ungeheuren Senkung der Kaufkraft führt. Nach den Berechnungen des Konjunkturfurschungsinstituts beträgt der Kaufkraftausfall mindestens 1 Milliarde. Dazu kommt noch die Lohnverkürzung durch Kurzarbeit. Jede weitere Schwächung der Massenkaufkraft verstärkt nur die Krise, umso mehr als die längst mögliche und notwendige Preissenkung noch nicht zu bemerken ist. Dennoch will das deutsche Unternehmertum das einzige Mittel zur Besserung der Wirtschaftslage erblicken. Die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung soll nur diesen Lohndruck begünstigen. Sie verlangen amerikanische Arbeitsleistungen von den Arbeitern, wollen aber nichts von amerikanischen Unternehmerleistungen wissen. (Der Redner weist auf die Lohnerhöhung in den Berliner Fordbetrieben hin, deren Löhne ohnedies schon fast doppelt so hoch wie die durchschnittlichen Metallarbeiterlöhne sind.) Das Lohnabbaustreben der Unternehmer hat der Sonderschlichter für die Berliner Metall-

industrie unterstützt; in seinem Schiedsspruch sieht die ganze deutsche Sozialreaktion den Anfang zum allgemeinen Lohnabbau. Geschieht das, dann sinkt die Gesamtlohnsumme um Millionen, dementsprechend sinkt der Absatz der Massengüter, ihre Erzeugung wird eingeschränkt, die Arbeitslosigkeit steigt aufs neue und die schwersten sozialen und politischen Erschütterungen müssen die Folge sein. Darum kann dieser Schiedsspruch nicht für verbindlich erklärt werden. (Sehr wahr! links) Herr Brauns führt die Unabhängigkeit des Schlichtungswesens ins Feld. Aber hat denn nicht das Regierungsprogramm den Schlichtern die Parole gegeben, die Löhne zu reduzieren? Nicht wir haben also die Selbständigkeit der Schlichter angegriffen, sondern die Regierung hat das getan. Mit Ausnahme des grossen Kampfs in der Nordwestgruppe haben die Gewerkschaften den Reichstag nicht in Anspruch genommen, sie führen ihre Kämpfe selbst, aber bei der ungeheuren Bedeutung des vorliegenden Falles nehmen sie ausnahmsweise den Reichstag in Anspruch. (Sehr wahr! links) Man darf nicht verkennen, dass der Streik der 130 000 Berliner Metallarbeiter nicht, wie die Bergwerkszeitung als Unternehmerorgan behauptet, die Regierung unter Druck setzen soll, sondern ein Warnungssignal für die ungeheure Erbitterung dieser höchst qualifizierten Arbeiter ist, die sich gezwungen sehen, gegen die Bedrohung ihres Lebensstandes zum schärfsten Kampfmittel, dem Streik, zu greifen. Wir haben alle Möglichkeiten zur Vermeidung des Kampfes erschöpft. Aber die Arbeiterschaft kann nicht zulassen, dass man sie in dieser Krisenzeit und bei der grossen Belastung der Gewerkschaften für widerstandsuufähig hält und ihr derartige Zumutungen macht. Zu der starken Verschlechterung der sozialen Lage der Arbeiter in der letzten Zeit sind noch die Versuche mit den raffiniertesten Mitteln gekommen, die Arbeitsleistung auf das höchste zu steigern. Gerade in den Ländern, gegen deren Industrie die unsrige den heftigsten Konkurrenzkampf zu führen hat, sind die Löhne bedeutend höher als bei uns; in Schweden und Dänemark 1,84 bis 2,20, in England 2,50 bis 3,00 Mark dieStunde, in Amerika noch erheblich höher, dagegen ist der Tariflohn der Berliner Metallarbeiter 1,12 Mark. Und da will man noch abbauen!

Bei den Verhandlungen im Juli d.J. hat der Syndikus des VBMJ ausdrücklich erklärt, dass man gar nicht daran denke, die ungünstige Wirtschaftslage zur Lohnherabsetzung auszunutzen. Erst nach der Reichstagswahl und nach der Tarifkündigung wurde der 15%ige Lohnabbau gefordert und sogar noch als erster Schrit bezeichnet. Doch war man noch bereit, die ganze Sache bis ins nächste Jahr zu vertagen. Ganz plötzlich und überraschen kam der Umschwung. Die Unternehmer haben in den Verhandlungen behauptet, die Rentabilität ihrer Betriebe könne nur durch Lohnabbau hergestellt werden. Das aber findet in den Tatsachen keine Stütze. Die Maschinenbau- und Elektroindustrie hat trotz der Krise ihren Export aufrecht erhalten können, was den Hauptkonkurrenzländern England und Amerika nicht gelungen ist. Die Berliner Maschinenbauindustrie hat in den letzten beiden Jahren eine Exportsteigerung um fast 40 % aufzuweisen, die auch im laufenden Jahr aufrecht erhalten blieb. Ebenso die Berliner Elektroindustrie, die zu den rentabelsten deutschen Industriezweigen gehört. Hier sind etwa 2/3 der Berliner Metallarbeiter beschäftigt. Die Produktion ist von 1925 bis 1929 von 2,4 auf 3,4 Milliarden Mark gestiegen, die Arbeiterzahl aber durchaus gleich geblieben, und in den Grossbetrieben sogar herabgesetzt worden. Im Maschinenbau ist die Produktion um 50 % gestiegen, die Arbeiterzahl um 30 % zurückgegangen. Dabei sind die Rohstoffpreise stark vermindert worden. Es wäre also eine Preissenkung ohne Lohnsenkung durchaus möglich, über ihre Notwendigkeit ist ja gar nicht mehr zu sprechen. Die Eisenpreissenkung ist allerdings noch viel zu gering. Nicht kurzsichtiger Lohnabbau ist der Weg zur Besserung, sondern ernste Massnahmen sind notwendig.

Die Herabsetzung des Ruhrkohlenpreises veranlasst mich, den Reichsarbeits-

minister zu fragen, ob etwa der Berliner Schiedsspruch das Vorspiel zu einer Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne sein soll. (Hört! Hört! links) Nicht eine Wiedereinschaltung Arbeitsloser in den Produktionsprozess, sondern das Gegenteil muss infolge eines Lohnabbaus eintreten. Die Arbeiterschaft hat sich bereit erklärt, zur Senkung der Arbeitszeit Opfer zu bringen. (Widerspruch der Kom.) Dadurch allein kann die Arbeitslosigkeit verringert werden. Verhindern Sie, dass das Gegenteil geschieht, dass durch Lohnabbau die Arbeitslosigkeit noch vergrössert wird und stimmen Sie unserem Antrag zu! (Lebh.Beifall links)

Abg. Florian (Kom): Es kennzeichnet die Nationalsozialisten, dass sie der Rede des vielfachen Millionärs von Oldenburg Beifall geklatscht haben, der hier bedauerte, dass wir keinen Kaiser und König mehr haben. Gegen den internationalen kapitalistischen Tributvertrag des Youngplans kann nur die kommunistische Internationale den Befreiungskampf führen. (Händeklatschen der Kom.)

Reichskanzler Brüning :

Die Regierung hat nicht die Absicht, noch einmal in die Debatte einzugreifen, weil es in der jetzigen Situation nicht auf Reden, sondern nur auf Taten ankommt. Ich gehe daher nur auf die Ausführung des verehrten Abgeordneten von Oldenburg ein, weil er den Namen und die Autorität des Reichspräsidenten in die Debatte gezogen hat, was für die Praxis dieses Hauses ein ungewöhnlicher Vorgang ist. Herr von Oldenburg hat versucht, eine Differenzierung zwischen der Haltung des Reichspräsidenten und des von ihm ernannten Reichswehrministers herbeizuführen. Der Reichswehrminister ist leider infolge dienstlicher Verpflichtungen nicht in der Lage, selbst die Antwort auf Herrn von Oldenburgs Ausführungen zu geben. Er wird das aber so bald als möglich nachholen. Ich habe von Herrn von Oldenburg etwas ganz anderes erwartet, nämlich dass er die Worte seines Fraktionsfreundes Schmidt-Hannover auf das Entschiedenste zurückweisen würde. Sie sind nicht der einzige, Herr von Oldenburg, der unter dem Kommando des Reichspräsidenten gestanden hat. Ich kann mich aber nicht entsinnen, jemals von einem sozialdemokratischen Abgeordneten eine solche direkte Verhöhnung des Fahneneides gehört zu haben, wie von dem Abg. Schmidt. (Grosser Beifall links und in der Mitte. - Gebrüll bei den Nazis, den Deutschnationalen und den Kommunisten) Ich hätte mich gefreut, wenn Sie die wahren Traditionen des alten Preussenheeres verteidigt hätten, wie Sie selbst sagten, Disziplin und Gehorsam. Die Reichsregierung hat auf das nachdrücklichste erklärt, dass sie alles tun wird, um die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes zu stärken, (brüllendes Gelächter der Nazis) und wenn irgend jemand etwas für die Stärkung der Wehrfähigkeit getan hat, so ist es nach Herrn von Seeckt der Reichwehrminister Groener gewesen. (Lärm und Widerspruch rechts) Sie, Herr von Oldenburg, haben mit Ihren Ausführungen, wie ich annehme, wider Ihren Willen, den wahren Traditionen des Preussenheeres den allerstärksten Abbruch getan. (Langanhaltender Beifall links und in der Mitte. - Pfui-Gebrüll der Nazis. - Zuruf des Abg. Torgler (Kom): Kein Wort über den Metallarbeiterstreik).

Präsident Löbe unterbricht die Sitzung auf 5 Minuten, damit das sehr erregte und bewegte Plenum sich soweit beruhige, dass die Verhandlung fortgesetzt werden kann.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärt Abg. Bausch (Chr.Soz.) der Regierung das Vertrauen seiner Freunde. Der Reallohn dürfe nicht gesenkt werden. Bei der Durchführung des Regierungsprogramms müsse die soziale Gerechtigkeit gewahrt werden.

Abg. Drewitz (Wirtschaftspt.) betont in seiner Erklärung, die notwendigen Sanierungsmassnahmen müssten unverzüglich rücksichtslos und umfassend in Angriff genommen werden. Seine Partei werde trotz schwerster Bedenken dem Ueberbrückungskredit im Interesse von Staat und Wirtschaft zustimmen, bringe damit aber kein Vertrauensvotum für die Regierung zum Ausdruck, deren Umbildung wir nach wie vor für unbedingt notwendig halten und nachdrücklichst

fordern, umsomehr als die von der Regierung angekündigten Massnahmen zur Lösung des Arbeitslosenproblems uns völlig unzureichend erscheinen.

Damit schliesst die Aussprache. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Graf zu Reventlow (Natsoz) bedauert zwar, dass sich die Jugend von der christlichen Kirche abwende, befürchtet aber von dem Erlass des Bischofs von Mainz, dass er in derselben Richtung wirke. Der Redner beruft sich auf den Hl. Ambrosius (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause, Zuruf b.d.Kom.: Ist das der Schutzheilige des 3.Reiches?), der stets sagte "und bewahre uns, o Herr, vor den Dialektikern". (Stürmische Heiterkeit)

Abg. von Oldenburg-Januschau (Dntl), dessen Erscheinen auf der Tribüne mit Spannung erwartet wird, gibt nur die kurze Erklärung ab: "Ich stelle fest, dass die Rede des Herrn Reichskanzlers Beifall gefunden hat bei den bewährten Hütern deutscher Nation: Kommunisten und Sozialdemokraten!" (Stürm.Beifall rechts) Präsident Löbe stellt demgegenüber fest, dass kein Kommunist Beifall geklatscht hätte.

Abg. Schmidt-Hannover (Dntl) nennt die Ausführungen des Reichskanzlers über seine Person erstaunlich und beleidigend. Der Reichskanzler habe ihm vorgeworfen, er hätte den Fahneneid herabgesetzt und beschimpft. Er müsse sich eine derartige Unterstellung auf das entschiedenste verbitten. Der Redner wiederholt seine Äusserungen nach dem Stenogramm und verlangt, dass der Reichskanzler die gegen ihn erhobenen Beschimpfungen zurücknehmen soll. Er habe gesagt, die heutige Wehrmacht habe leider den Fahneneid auf ein Abstraktum zu leisten, auf ein mehr- oder minder durchlöchertes Instrument, die Verfassung. Jedenfalls könne er als Ergebnis der Aussprache feststellen: Die Republik hat eine Schlacht verloren! (Beifall rechts. Lachen links und in der Mitte.)

Reichskanzler Dr. Brüning erhebt sich sofort und erklärt: Nach der Feststellung des Reichstagspräsidenten halte ich es nicht für notwendig auf die persönliche Bemerkung des Herrn von Oldenburg noch zu antworten. Der Abgeordnete Schmidt hat den Fahneneid in ideelle Verbindung mit einem brüchigen und durchlöcherten Instrument, der Verfassung, gebracht. Ich habe meinen Ausführungen nach dieser Richtung hin bewusst nichts hinzuzufügen. (Lebh.Beifall in der Mitte und links. - Gelächter rechts).

Es wird dann in die Abstimmungen eingetreten. Einstimmig wird der Vorschla des Ältestenrats über die vorläufige Diätenkürzung ab 1.November um 20 Prozent und der Diäten für die Ausschussitzungen um die Hälfte genehmigt. Die Anträge für die definitive Regelung werden einem Unterausschuss überwiesen.

Das deutsch-finnische Zusatzabkommen wird in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Die Kommunisten verlangen, dass sofort über ihren Misstrauensantrag gegen den Ernährungsminister Schiele abgestimmt wird.

Abg. Esser (Ztr) widerspricht diesem Verlangen. Gegen die Stimmen der Kommunisten und der Nationalsozialisten beschliesst das Haus die Zurückstellung dieser Abstimmung. -

Kurz vor der dann folgenden namentlichen Schlussabstimmung über das Schuldentilgungsgesetz betritt die Abg. Frau Mildenberg (Komm), die verhaftet war und auf Reichstagsbeschluss freigelassen wurde, den Saal. Sie wird von den Kommunisten mit einem dreifachen Rotfront! begrüsst.

In der namentlichen Abstimmung wird das Schuldentilgungsgesetz mit 325 gegen 237 Stimmen angenommen. Dagegen gestimmt haben die Nationalsozialisten, die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Mitglieder der Landvolkpartei.

(Der Schluss des Berichts folgt in einem weiteren Brief.)

Preußischer Landtag

SPD. Berlin, den 18.Okt.(Eig.Ber.)

Der Preussische Landtag erledigte am Sonnabend eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen.

Bei den Berichten des Ausschusses für Handel und Gewerbe fordert Abg. Sobottka (Komm.) Annahme eines kommunistischen Antrages auf Erlass einer Bergpolizeiverordnung über die Befahrung der Gruben. Die Grubenkontrolle sei unzulänglich. Mit Hilfe der Sozialdemokraten seien die Rechte der Betriebsräte immer weiter abgebaut worden.

Abg.Otter-Bochum (Soz.): Die Sozialdemokraten haben sich immer mit aller ihnen zur Verfügung stehenden Kraft für die Grubensicherheit und die Rechte der Bergarbeiter eingesetzt. Die Kommunisten können hier natürlich nicht reden, ohne dabei auf die bösen Sozialdemokraten zu schimpfen. Die starke Konzentration des Ruhrbergbaus hat es mit sich gebracht, dass in einem Steigerrevier vielfach nur noch ein einziger Schüttelrutscherbetrieb vorhanden ist. Deshalb werden aus mehreren solcher Betriebe Fahrabteilungen vereinbart, die die Betriebsausschussmitglieder viermal im Monat befahren.

Bei dem Bericht über einen deutschnationalen Antrag, der Ablehnung jedes Zwanges zur Teilnahme an Verfassungsfeiern fordert und dessen Ablehnung der Ausschuss empfiehlt, erklärt

Abg.Schwarzhaupt (DVP), dass die grundsätzliche Pflicht der Beamten und Lehrer zur Teilnahme an Verfassungsfeiern anerkannt werden müsse. Ein Zwang sei jedoch abzulehnen. Verfassungsfeiern dürften keine parteipolitischen Demonstrationen, sondern müssten würdige Bekundungen verantwortlichen Staatsbürgertums sein.

Eine längere Debatte entwickelt sich über den deutschnationalen Antrag, die Freizügigkeit des Zuzuges nach Berlin aufzuheben. Der Antrag wird damit begründet, dass an der Finanzmisere in Berlin nicht zuletzt der hemmungslose Zuzug von auswärts beitrage, der die Zahl der Arbeitslosen steigere und den Wohlfahrtsetat ungewöhnlich hoch belaste. Im Hauptausschuss hatte der Berichterstatter Abg.Harnisch (Soz.) die Schwierigkeiten, in die Berlin durch den Zuzug von auswärts kommt, wohl gewürdigt, aber die Ablehnung des Antrages empfohlen, da an dem Grundsatz der Freizügigkeit unter keinen Umständen gerüttelt werden dürfe. Der Hauptausschuss hat dementsprechend auch den deutschnationalen Antrag mit allen Stimmen gegen die Antragsteller abgelehnt.

Abg.Schulz-Neukölln (Komm.) polemisiert sehr heftig und in längeren Ausführungen zuerst gegen die Deutschnationalen, die mit diesem Antrag eine allgemeine Einschränkung der Freizügigkeit einleiten wollten, die bereits durch die Organisation der Grossagrarier auf dem Lande für die Landarbeiter durchgeführt sei. Er beschimpft sodann die Sozialdemokraten und insbesondere die Führer des Landarbeiterverbandes, die sich einem solchen reaktionären Bestreben nicht widersetzt hätten. Er geht dann dazu über, den wirtschaftlichen und politischen Aufbau der Sowjetunion zu schildern, der die Freizügigkeit aller Arbeiter in Russland garantiere.

Abg.Jürgensen (Soz.) weist die Beschimpfungen des Landarbeiterverbandes und der Sozialdemokraten durch den kommunistischen Redner energisch zurück. Im Hauptausschuss hätten die sozialdemokratischen Vertreter geschlossen gegen den Antrag gestimmt und sie würden ihn auch im Plenum ablehnen.

Abg.Schulz-Neukölln (Komm.) bezeichnet die Ausführungen des Abg.Jürgensen als ein Taschenspielerkunststück. Der sozialdemokratische Berichterstatter habe im Ausschuss keine grundsätzliche Kritik an dem Antrag geübt und sei insbesondere nicht auf die Landarbeiterfrage eingegangen. – Auf die Behauptung des

Abg.Dr.Ausländer (Komm.), dass die Sozialdemokraten im Ausschuss eine unklare Stellung eingenommen haben, antwortet

Abg.Meier-Berlin (Soz.) , dass der sozialdemokratische Berichterstatter unter Anführung der verschiedensten Gründe sich selbstverständlich auch aus grundsätzlichen Erwägungen gegen jede Einschränkung der Freizügigkeit ausgesprochen hat. Der Zweck des kommunistischen Vorstosses sei klar: obwohl die Sozialdemokraten den Antrag im Ausschuss abgelehnt haben, wollen die Kommunisten nach aussen hin den Anschein des Gegenteils hervorrufen. Es sei das dieselbe verhetzende und letztenendes arbeiterfeindliche Methode, die sie jetzt im Berliner Metallarbeiterstreik durch die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, z.B. im Kraftwerk Klingenberg, angewendet haben, als sie bewusst die irreführende Mitteilung verbreiteten, die Direktion habe 12 Arbeiter verhaften lassen, weil diese sich über den Streik unterhalten haben. Die Kommunisten hätten damit die Belegschaft dieses Werkes in den Streik treiben wollen.

Abg. Dr.Ausländer (Komm.) erklärt hierzu, dass die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, von der Abg.Meier-Berlin so verächtlich gesprochen habe, die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes erst habe in den Streik hineinprügeln müssen. (Gelächter! bei den Soz.)

Abg.Falk (Dem.) stellt fest, dass im Hauptausschuss alle Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen gegen den deutschnationalen Antrag gestimmt haben.

Abg.Harnisch (Soz.) tritt den kommunistischen Angriffen energisch entgegen. Der Antrag sei im Ausschuss abgelehnt und werde selbstverständlich auch im Plenum keine Annahme finden. Es sei lediglich das kommunistische Agitationsbedürfnis, das diese Debatte provoziert hat. Er habe als Berichterstatter im Ausschuss ausdrücklich seinen ablehnenden Standpunkt begründet und auch seine Fraktionsfreunde seien seinen Ausführungen selbstverständlich beigetreten.Er habe aber auch auf die ständig wachsenden Wohlfahrtsausgaben durch den Zuzug von auswärts hingewiesen, um zu beweisen, dass Berlin bei Ueberweisung der Staatsmittel stärker als bisher berücksichtigt werden muss.

Die Abstimmungen über alle Ausschussanträge wurden auf Dienstag vertagt, Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf Gross-Berlin.

Landtagsstimmungs-Bild.

SPD.Berlin, den 18.Okt.(Eig.Ber.)

Im Preussischen Landtag standen am Sonnabend eine ganze Reihe kleinerer Vorlagen auf der Tagesordnung, die zumeist ohne Debatte erledigt wurden.

Bei den Berichten des Ausschusses für Handel und Gewerbe empfahl der Abg.Sobottka (Komm.) u.a. die Annahme eines kommunistischen Antrages auf Erlass einer Bergpolizeiverordnung. Dabei griff er die Sozialdemokraten an,über die er die unsinnige Behauptung aufstellte, dass sie zusammen mit den Bergherren die Rechte der Betriebsräte abgebaut hätten. In einer kurzen Erwiderung stellte Abg. Otter-Bochum (Soz.) fest, dass selbstverständlich das Gegenteil der Fall ist.

Eine längere Aussprache, die von den Kommunisten provoziert wurde, entwickelte sich noch über einen deutschnationalen Antrag, der die Freizügigkeit in Bezug auf den Zuzug nach Berlin aufheben will. Der Antrag wird damit begründet, dass der wahllose Zuzug nach Berlin die misslichen finanziellen Zustände der Reichshauptstadt insofern mit herbeigeführt hat, als die dadurch bedingte Steigerung der Erwerbslosenziffer den Wohlfahrtsetat der Stadt unerträglich belastet. Mit dieser Begründung haben die Deutschnationalen zweifellos Recht. Aber schon der Berichterstatter im Ausschuss, Abg.Harnisch (Soz.)

konnte darauf hinweisen, dass grundsätzlich eine Aufhebung der Freizügigkeit nicht in Betracht kommen kann, das vielmehr Landtag und Staatsregierung einsehen müssten, dass Berlin beim Finanzausgleich, d.h. bei der Ueberweisung der Staatsmittel, in stärkerem Umfange als bisher berücksichtigt werden müsse. Dem Antrag des sozialdemokratischen Berichterstatters folgten im Ausschuss die Vertreter aller Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen. Der Antrag wurde also abgelehnt.

Alles das hinderte aber den Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) nicht, beinahe eine Stunde über den Verrat der sozialdemokratischen Abgeordneten zu schreien, die seiner Meinung nach im Ausschuss nicht grundsätzlich genug aufgetreten sind. Ihr Verrat soll darin bestehen, dass sie - die Landarbeiterfrage nicht erörtert hätten, eine Angelegenheit, die mit der Frage Berlin in keinem Zusammenhang steht. In der sehr ausgedehnten Debatte rechneten die sozialdemokratischen Abgeordneten Jürgensen, Meier-Berlin und Harnisch ausgiebig mit den kommunistischen Demagogen ab.

Die Abstimmungen über die Ausschussberichte finden am Dienstag statt. Die Montagsitzung beginnt um 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Gesetzentwurf Gross-Berlin.

Schluss Reichstagsbericht.

Dann wird über die zur Regierungserklärung vorgelegten Anträge der Parteien abgestimmt.

Abg. Dr. Gottheiner (Dtn.) widerspricht der vom Abg. Esser beantragten Ausschussüberweisung der Notverordnung und der dazu vorgelegten Anträge, weil es sich bei der Notverordnung um keine Vorlage, sondern um eine nicht mehr zu ändernde Anordnung der Regierung handele.

Präsident Löbe und Abg. Esser (Zt.) weisen diese Darlegungen unter Bezugnahme auf die Praxis des Hauses als unbegründet zurück.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte wird über die Ueberweisung an den Ausschuss namentlich abgestimmt.

Als die Sozialdemokraten die weissen Ja-Karten erheben, ruft ein nationalsozialistischer Sprechchor: "Wer hat uns verraten - die Sozialdemokraten!" Die Sozialdemokraten rufen den Kommunisten zu: "Die nehmen Euch Eure schönsten Parolen weg!" - Die Kommunisten sprechen nun im Chor: "Nieder mit den Sozialfaschisten! Nieder! Nieder! Nieder!" Lachend ruft ein Sozialdemokrat: "Jetzt sind die rechts dran!" Die Nationalsozialisten rufen dreimal "Deutschland erwache!" Als Antwort von links kommt darauf von den Kommunisten der Gesang der ersten Strophe der Jnternationale und im Anschluss daran ein dreifaches "Nieder!" den "faschistischen Strolchen".

Während dieser Lärmszenen werden die Stimmzettel weiter eingesammelt. Präsident Löbe teilt mit, dass er einem der Teilnehmer an der letzten Störungskundgebung mit Saalausweisung bestraft habe und dieses Verfahren bei weiteren Störungen weiter anwenden werde. - Diese Mitteilung hat die Wirkung, dass weitere Sprech- und Gesangschöre nicht in Aktion treten.

Die Ausschussüberweisung wird mit 339 gegen 220 Stimmen beschlossen. Die Ja- und Nein-Stimmen verteilen sich in derselben Weise wie bei der Abstimmung über das Schuldentilgungsgesetz.

Die Anträge auf Aufhebung oder Revision des Youngplanes sowie die übrigen aussenpolitischen Anträge werden dann gegen den Widerspruch der Nationalsozialisten und Kommunisten dem Auswärtigen Ausschuss überwiesen. Die Ueberweisung wird in namentlicher Abstimmung mit 323 gegen 236 Stimmen beschlossen. (Pfui-Rufe bei den Kommunisten). - Die Anträge gegen die Steuer-Hinterziehungen gehen an den Steuerausschuss. - Dagegen wird die Ausschussüberweisung der Amnestie-Anträge gegen Sozialdemokraten, Staatspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei abgelehnt. Der deutschnationale Amnestieantrag zugunsten der wegen politischer Mordtaten Verurteilten wird hierauf gegen Deutschnationale, Nationalsozialisten und Kommunisten in erster Lesung abgelehnt. - Annahme findet in zweiter Lesung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten ein Amnestie-Antrag des Christlichsozialen Volksdienstes, der Straffreiheit für Vergehen politischer Art verlangt, soweit sie nicht gegen Regierungsmitglieder gerichtet werden.

Die Ueberweisung des kommunistischen Antrages auf Gewährung einer Winterbeihilfe an die Sozialrentner an den Haushaltsausschuss wird mit 380 gegen 179 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten beschlossen.

Gegen Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt wird die von den Kommunisten beantragte Aufhebung des Schiedsspruchs für die Berliner Metallindustrie. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten angenommen wird dagegen der sozialdemokratisch-kommunistische Antrag, den Schiedsspruch nicht für verbindlich zu erklären.

Die Anträge wegen einer Osthilfe und wegen eines Vollstreckungsschutzes gehen an den Haushaltsausschuss.

Angenommen wird ein deutschnationaler Antrag, die Regierung solle ein Reichsrentnerversorgungsgesetz vorlegen.

Nationalsozialistische und kommunistische Anträge auf Aufhebung des Ministerialerlasses über Gehaltskürzung der Reichsangestellten werden dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Nunmehr wird der Antrag zur Abstimmung gestellt, der den Uebergang zur Tagesordnung über alle Misstrauensanträge ausspricht.

Abg. Gottheiner (Dtn.) erklärt, eine solche Abstimmung würde verfassungswidrig sein, da nach der Verfassung die Regierung des Vertrauens des Reichstages bedürfe. Die Annahme des vorliegenden Antrages sei aber kein Vertrauensvotum.

Präsident Löbe erinnert an frühere Fälle, in denen ähnliche Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung von Deutschnationalen gestellt worden seien. Die Nationalsozialisten hätten mit dieser Einleitung einmal ein Vertrauensvotum für die Regierung beantragt.

Abg. Dr. Frick (Nat.Soz.): Damit wollten wir Sie zwingen, Farbe zu bekennen. Wir bringen sofort einen gleichen Antrag ein.

Präsident Löbe: Das geht nicht mehr nach Schluss der Debatte.

Die Abgeordneten Dr. Everling (Dtn.) und Torgler (Komm.) betonen, das ganze Manöver solle nur die Tatsache verschleiern, dass die Sozialdemokraten für die Regierung und ihre Notverordnung sind.

Präsident Löbe bringt die Geschäftsordnungs-Streitfrage zur Abstimmung. Mit 310 gegen 235 Stimmen wird der Vorrang der Abstimmung über den Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Dieser Antrag selbst wird dann in namentlicher Abstimmung mit 318 gegen 236 Stimmen angenommen, bei einer Stimmenthaltung. Das Ergebnis dieser Abstimmung, mit der alle Misstrauensanträge abgelehnt sind, wird von den Flügelparteien mit Pfui-Rufen aufgenommen.

Damit ist um 11 Uhr die Tagesordnung erledigt.

Abg. Esser (Zt.) beantragt, die nächste Reichstagssitzung am 3. Dezember abzuhalten. (Pfui-Rufe rechts.)

Abg. Dr. Everling (Dtn.) beantragt, die nächste Sitzung 15 Minuten nach Mitternacht abzuhalten, um das Amnestiegesetz in dritter Lesung anzunehmen.

Abg. Dr. Frick (Nat.Soz.) schliesst sich diesem Antrag an. Abg. Torgler (Komm.) beantragt, die nächste Sitzung zum Montag anzuberaumen. Abg. Leicht (Bayer.Volksp.) widerspricht dem Antrag Everling. Abg. Berndt (Dtn.) protestiert gegen den Antrag Esser, ebenso der Abg. Dr. Neubauer (Komm.), der erklärt, durch die Reichstagsvertagung wolle man nur der Diktaturregierung freie Hand geben.

Präsident Löbe stellt demgegenüber fest, dass die Regierung natürlich nur auf verfassungsmässigem Wege unter Mitwirkung des Reichstags gesetzgeberisch wirken könne.

Abg. Strasser (Nat.Soz.) protestiert gegen die Vertagung unter Berufung auf seine Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses zur Wahrung der Rechte des Reichstags. (Gelächter bei der Mehrheit.) Die Ausschaltung des Reichstags in diesem Augenblick könnte einen Staatsstreich begünstigen. Das müsse verhindert werden.

Im Hammelsprung wird der Antrag auf Abhaltung einer Nachtsitzung mit 300 gegen 225 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung, die 5 Minuten nach Mitternacht stattfindet, steht die dritte Beratung der Amnestievorlage.

Die Nachtsitzung.

Die Morgensitzung des Reichstags begann 0.05 Uhr. Die Abgeordneten Föhr-Baden (Zt.) und v.Sybel (Christl.Nat.) beantragen, agrarische Anträge zu beraten, was am Widerspruch der Kommunisten scheitert.

Zur dritten Beratung des Amnestieentwurfs von Lindeiner-Wildau (Volkskons.) ersucht Präsident Löbe schon mit Rücksicht auf das Personal des Reichstags gar nicht oder nur wenig zu debattieren. Geredet wird überhaupt nicht. Ein kommunistischer Aenderungsantrag wird abgelehnt.

Der Gesetzentwurf der Volkskonservativen und Christlichsozialen wird in dritter Lesung angenommen. Abg. Pieck (Komm.) erklärt vor der dritten Lesung,

dass dieses Gesetz nicht ausreicht; da aber eine Vollamnestie nicht zu erreichen sei, stimmen die Kommunisten doch dafür, um wenigstens eine kleine Anzahl ihrer Kämpfer zu befreien.

Die Schlussabstimmung ist namentlich, um das Vorhandensein einer verfassungsändernden Mehrheit festzustellen. Ergebnis: 395 Ja, 147 Nein, 1 Enthaltung.

Damit ist die verfassungsändernde Mehrheit erreicht, das Gesetz angenommen. (Beifall rechts.) Die Kommunisten bringen nach genügender Beschimpfung der Sozialdemokratie ein dreifaches Rotfront auf Margies aus. Die Sozialdemokraten empfehlen ihnen, diese Ehre nun auch Heines zu erweisen.- Schluss 1 Uhr. Nächste Sitzung 3. Dezember.